

Meine Damen und Herren, wir **setzen** die **Haushaltsberatungen fort**, und ich rufe auf:

Einzelplan 08
Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Wirtschaft und Mittelstand“, „Energie“ und „Landesplanung“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10208 hin.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich
Wirtschaft und Mittelstand

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Eiskirch das Wort. Bitte schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten sind immer Generaldebatten; dies gilt auch für die Wirtschaftspolitik. Der Befund zum Ablauf der Amtszeit von Frau Ministerin Thoben ist vernichtend.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Die schwarz-gelbe Regierungszeit war wirtschaftspolitisch eine verlorene Zeit, sie war energiepolitisch eine verlorene Zeit, und sie hat keinen Fortschritt in der Landesplanung gebracht.

Zunächst zur Wirtschaft; zu Energie und Landesplanung reden nachher die Kollegen Römer und Bollermann. Im Jahr 2005 ist die Regierung Rütters erkennbar ohne Plan für NRW gestartet. Die CDU hat 39 Jahre Opposition nicht genutzt, um eine eigene Idee für die Wirtschaftspolitik in NRW zu entwickeln. Die CDU war ohne Substanz, und die FDP hatte eine klare Vorstellung: Privat vor Staat.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Erstes Ergebnis war, dass sich die FDP im Koalitionsvertrag mit ihrer Ideologie von Privat vor Staat durchgesetzt hat, von der die CDU inzwischen aber gar nichts mehr wissen will. Kolleginnen und Kollegen, zum Auftakt nur wenige Zahlen – die Daten aus der Ergänzungsvorlage sind bereits berücksichtigt –: Die Kohlesubventionen sinken von 2006 bis 2010 um 147 Millionen €

(Beifall von der CDU)

Dieses Geld kassiert sofort und gnadenlos der Finanzminister, um seinen Schuldenhaushalt damit zu flicken. Sie, Frau Thoben, haben aber immer behauptet, das Geld würde nicht mehr irgendwo unter Tage verbuddelt, sondern komme der Wirtschaft

zugute. Und siehe da: Was Sie sagen, stimmt nicht. Denn in der gleichen Zeit – also von 2006 bis 2010 – sinken die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung von 335 Millionen € auf 330 Millionen €. Von den eingesparten Kohlesubventionen kommt – anders, als von Ihnen immer behauptet – nichts in anderen Programmen an. Sie sollten endlich aufhören, die Menschen in NRW mit dieser nicht belegten Behauptung zu täuschen. Es ist Täuschung, immer wieder etwas zu behaupten, was die Zahlen definitiv nicht hergeben.

Schlimmer noch: Die Mittelzuflüsse aus Bundes- und Europaprogrammen sind von 2006 bis 2010 sogar um 60 Millionen € gestiegen. Dieses Geld nimmt Frau Ministerin Thoben natürlich gerne mit und spart im Gegenzug Landesmittel ein. Die Ansätze der Landesmittel für die Wirtschaftsförderung in NRW sind von 2006 bis 2010 um 66,1 Millionen € gesunken; das ist ein Minus von 44 %. Bund und Europa geben NRW also mehr Geld, um in die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu investieren; in NRW soll sich etwas bewegen. Statt dieses Angebot anzunehmen und entsprechende Landesmittel beizusteuern, nutzen Sie das Engagement von Bund und Europa, um sich selber aus der Finanzierung zu verabschieden, Frau Thoben. Das ist Ihre Art, mit den Finanzmitteln in NRW umzugehen.

(Beifall von SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Ihr Haushalt belegt Schwarz auf Weiß, dass das Land immer mehr aus der Kofinanzierung aussteigt, obwohl es 60 Millionen € mehr Einnahmen aus Bundes- und EU-Mitteln erhält. In der gleichen Zeit sinken die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung um 5 Millionen €

Wir halten fest: Das Wirtschaftsministerium schmückt sich mit fremden Federn. Von 4 € Wirtschaftsförderung kommen im Jahr 2010 3 € von Europa und Bund. 2006 war das Verhältnis noch fast 1:1. Heute ist es 3:1. Das ist Ihre Art, Frau Thoben, Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zu gestalten. Fazit zu den Zahlen: Bei fast jedem geförderten Projekt schmückt sich die Wirtschaftsministerin mit fremden Federn, und zwar landauf und landab sowie Tag für Tag. So viel zu den Zahlen.

Frau Thoben, fair, wie wir sind, messen wir Sie heute nur an Ihren eigenen Ankündigungen aus Ihrer sogenannten kleinen Regierungserklärung vom 24. August 2005 im Wirtschaftsausschuss. Sie kündigten damals – ich zitiere – an: „Für uns steht der Mittelstand im Zentrum der Wirtschaftspolitik.“ Ergebnis: Fehlanzeige! Das Mittelstandsgesetz haben Sie abgeschafft, und – Bemerkung am Rande – das Wasserentnahmegesetz, das Sie abschaffen wollten, haben Sie aktiv verlängert. Der Mittelstand und die Verbände haben Ihnen hier im Landtag bereits 2008 eine Vielzahl guter Anregungen für ein optimales Mittelstandsgesetz gegeben. Vollmundig haben die Kollegen Lienenkämper und Brockes für die

Fraktionen von CDU und FDP in einer gemeinsamen Presseerklärung im Juli 2008 prophezeit – ich zitiere –:

Statt schöner Worte und unverbindlicher Absichtserklärungen wird das neue Mittelstandsgesetz substanzielle Verbesserungen für die mittelständischen Betriebe in NRW bringen.

Soweit Lutz Lienenkämper und Dietmar Brockes Mitte 2008.

Bis heute gibt es aber keinen neuen Entwurf für ein Mittelstandsgesetz. Bis heute ist nichts geschehen. Sie hatten angekündigt, den Mittelstand ins Zentrum rücken zu wollen. Nein, bei Ihnen steht der Mittelstand nicht im Zentrum, sondern im Abseits, Kolleginnen und Kollegen. So gehen Sie damit um.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Frau Thoben, zum Mittelstand gab es eine zweite Ankündigung von Ihnen:

Wir werden öffentliche Aufträge mittelstandsfreundlich in Teil- und Fachlose aufteilen. Wir werden dies nicht nur sagen, sondern wir werden es gerade bei landeseigenen Gesellschaften auch durchsetzen.

Das Gegenteil ist der Fall. Straßen.NRW hat zum Beispiel im Sauerland und im Kreis Soest ein PPP zum Erhalt des Landesstraßennetzes ausgeschrieben. Die Losgröße betrug jeweils 100 km mit 15 Brückenbauwerken. Darüber haben wir mit Mittelständlern gesprochen. Ergebnis: Diese Größenordnung bezeichnen mittelständische Unternehmen als absolut unerreichbar. Die Politik des Verkehrsministers – damals noch Oliver Wittke – sei nach Auffassung dieser Unternehmen nicht mittelstandsfreundlich, sondern bevorzuge Großunternehmen. Im Bieterverfahren seien in der zweiten Runde nur noch Töchter der Großunternehmen. Das ist das Fazit des Mittelstandes zu Ihrer Politik, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Apropos Mittelstand und Handwerk: Wir alle wissen, dass unser regionales Handwerk gute Arbeit nicht mit Billiglöhnen anbieten kann und soll. Deshalb ist Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer richtig.

(Beifall von der SPD)

Von daher ist Tariftreue ein politisches Ziel für alle hier im Hause – außer natürlich für die FDP.

Wir können über den Weg, wie man das erreichen will, streiten. Sie haben aber gleich das gesetzliche Ziel der Tariftreue abgeschafft. Frau Thoben, das schadet dem Mittelstand.

(Ministerin Christa Thoben: Sie wissen es besser!)

Anstatt über intelligente Wege zu reden und miteinander darüber zu streiten, wie man das Ziel erreichen kann, haben Sie das Ziel negiert und abgeschafft.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

So ist es gewesen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Sie haben aber nichts Vernünftiges an die Stelle gesetzt, weil Ihnen nichts dazu einfällt, Herr Kollege Brockes. Ahnungslos wie eh und je!

Kolleginnen und Kollegen, das Thema CO₂-Förderung kann ich heute nur kurz streifen. Wir haben schon öfter ausführlich darüber diskutiert. Aber auch hier schmücken Sie sich mit fremden Federn. Schlimmer noch, das Geld wird in komplizierten und bürokratischen Verfahren vergeben. Viele Teilnehmer, die nicht zum Zuge kommen, sind frustriert, weil für sie gilt: Außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich ein Beispiel aus der Praxis nennen. Ich zitiere aus der Niederschrift der 28. Sitzung des Kreisausschusses Coesfeld vom 30. September diesen Jahres:

Landrat Püning weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Antragsverfahren extrem kompliziert sind. Ohne eine professionelle Unterstützung würde sich die Zielgruppe der kleinen und mittleren Unternehmen nicht an den Verfahren beteiligen. Ohne Hilfe bestünde keine Akzeptanz bei der Zielgruppe; denn die Verfahren seien sehr komplex. Die Anträge hätten einen erheblichen Umfang und die Zeitabläufe seien lang.

Soweit Herr Püning, Landrat des Kreises Coesfeld. Übrigens gehören 64 % der Kreistagsmitglieder der CDU an. Der Kreistag stellt für 2010 und 2011 insgesamt 70.000 € bereit, um eine entsprechende Unterstützungsstelle zu finanzieren.

Lassen Sie mich abschließend sagen, die Kommunen müssen eigenes Geld in die Hand nehmen, damit Licht in Ihr Förderchaos gebracht wird. Das sagt die Praxis: mittelstandsfeindlich, kompliziert, zeitaufwendig, keine Akzeptanz und teuer. Das ist Ziel-2-Förderung à la Frau Thoben.

(Beifall von der SPD)

In den letzten Jahren mussten wir oft über Krisenmanagement reden. Es gab genug Beispiele dafür, Frau Thoben: Nokia, Opel, Karstadt, BenQ. – Der politische Ablauf war immer gleich. Ministerpräsident und Wirtschaftsministerin haben sich demonstrativ mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern solidarisiert. Das ist richtig, aber alleine nicht ausreichend. Es ist notwendig, aber eben nicht hinreichend, Frau Thoben. Es werden große Worte ge-

schwungen. Es wird gefordert, es wird verhandelt. Es werden gute Bilder mit Kolleginnen und Kollegen produziert. Der Regierung Rüttgers geht es um Schauspiel, nicht um die Tat. Herausgekommen ist in der Sache nichts, sei es bei Nokia, bei BenQ oder bei Karstadt.

(Ministerin Christa Thoben: Das ist doch nicht wahr!)

– Ich komme zu Nokia.

Die Arbeitsplätze sind weg oder gefährdet, und die Regierung Rüttgers schaut tatenlos zu. Ich nenne ein Beispiel zu Nokia. Bei Nokia brauchte es eineinviertel Jahre, bis man sich auf das Projekt „Wachstum für Bochum“ festgelegt hat. Es dauerte eineinhalb Jahre, bis das Geld von Nokia da war und fast zwei Jahre, bis die erste Hälfte der mittlerweile seit über einem halben Jahr feststehenden Projekte bewilligt werden konnte. Die Hälfte der Projekte war nach zwei Jahren bewilligt, die andere Hälfte immer noch nicht. Konkret geschehen ist aus dem Programm „Wachstum für Bochum“ bisher nichts.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Die Landesregierung beginnt die Arbeit zum Aufbau von Beschäftigung kurz bevor die Betroffenen aus der Transfergesellschaft in die Arbeitslosigkeit fallen. Das ist ein Armutszeugnis dieser schwarzen Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Schluss. Der Ministerpräsident missbraucht die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen für billigen Populismus. Es wird hemmungslos über die Rumänen gelästert. GM-Manager werden wüst beschimpft.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Nur gehandelt wird nicht. Es ist ein Schauspiel des Sozialschauspielers Rüttgers – mehr nicht. Auch in dem von Ihnen intonierten Grundtenor der kreativen Ökonomie – ich erinnere an die drei T – ist in diesem Land nun wahrlich nichts zu spüren. Es ist nur heiße Luft, Frau Thoben.

Auf die Industriepolitik werden die Kollegen Römer und Bollermann noch ausführlicher eingehen. Dort reicht es bei Ihnen gerade zur Bekenntnispolitik. Bekenntnispolitik ist die kleine Schwester der Tatenlosigkeit, um das noch einmal deutlich zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Deshalb charakterisiere ich die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung auch mit Shakespeare: Viel Lärm um nichts. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Wittke.

Oliver Wittke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will zu Beginn meiner Rede nicht Shakespeare zitieren, sondern in Abwandlung von Shakespeare sagen, das war nichts und laut, lieber Kollege Eiskirch.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Was Sie hier geboten haben, war in der Tat nichts und laut.

(Beifall von der CDU)

Für einen Oppositionspolitiker ist es auch schwierig, zu einem Einzelplan sprechen zu müssen, der Ausweis der erfolgreichen Wirtschaftspolitik dieser Regierungskoalition ist.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Eiskirch, gestern sind die neuen Arbeitsmarktdaten ...

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

– Herr Kollege Eumann, gestern sind die neuen Arbeitsmarktdaten für Deutschland und für NRW veröffentlicht worden. Völlig atypisch ist die Arbeitslosigkeit nicht nur in Deutschland insgesamt, sondern vor allem bei uns in Nordrhein-Westfalen in einem November zurückgegangen. Das ist in den letzten Jahrzehnten nie dagewesen. Die Hälfte des Rückgangs der Arbeitslosigkeit, den wir in Deutschland zu verzeichnen hatten, war hier bei uns in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

(Beifall von der CDU)

Das ist ein Riesenerfolg der Regierungspolitik im Bereich von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Das mag Ihnen nicht schmecken. Das mögen Sie bedauern,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Nein!)

weil es nicht in Ihre Wahlkampfstrategie passt. Aber Fakt ist: Wir haben heute 280.000 Arbeitslose weniger als unter Ihrer Regierungsverantwortung – trotz Wirtschaftskrise und trotz Finanzkrise.

(Beifall von CDU und FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Mit so vielen fremden Federn sind Sie fast schon Häuptling!)

Da ist es schon dreist, zu versuchen, die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung schlechtzureden.

(Ute Schäfer [SPD]: Die hat am wenigsten damit zu tun! – Thomas Eiskirch [SPD]: Die hat am allerwenigsten dafür getan!)

Denn in der Tat sind die Erfolge sichtbar in den Betrieben dieses Landes. Die Erfolge sind sichtbar in den Arbeitsmarktstatistiken. Die Erfolge sind im Übrigen auch in der Wirtschaftsentwicklung des Landes sichtbar.

Denn anders als unter Ihrer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen hat sich die Wirtschaft in unserem Land in den letzten vier Jahren besser als der Bundesdurchschnitt entwickelt. Mehr neue Arbeitsplätze sind entstanden. Das Wirtschaftswachstum war höher als im Bundesdurchschnitt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sind Riesenerfolge.

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

Ich sage ganz offen: Das sind natürlich nicht nur Erfolge dieser Landesregierung und dieser Regierungskoalition, sondern zuvörderst Erfolge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Unternehmen in unserem Land, die sich in den vergangenen Jahren mächtig angestrengt und die die Unternehmen gemeinsam gut aufgestellt haben, sodass wir gestärkt in diese Krise gehen konnten.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Fremde Federn! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich bin sicher: Wir werden noch weiter gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das würden wir uns nicht mal im Kölner Karneval trauen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich will ein Beispiel nennen, das Sie als Bochumer verschwiegen haben. Ich frage mich, warum. Herr Eiskirch, ich hätte es fair gefunden, wenn Sie auch etwas zur Entwicklung bei OPEL gesagt hätten.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Das hätte sicherlich zur Rede eines wirtschaftspolitischen Sprechers, der aus Bochum kommt, gehört. Aber diesen Erfolg der Landesregierung wollten Sie nicht vortragen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Welchen Erfolg? – Zuruf von der SPD: Das ist doch gaga! – Weitere Zurufe)

Denn das Verhalten dieser Regierungskoalition in Sachen OPEL war ein Musterbeispiel dafür, wie man Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise macht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Es gab zwei unterschiedliche politische Strömungen. Die einen haben gefordert, auf keinen Fall etwas zu machen, und gesagt: Wir dürfen uns bei OPEL nicht einmischen; das müssen der freie Markt und das freie Spiel der Kräfte regeln.

(Abgeordnete der SPD-Fraktion zeigen auf Abgeordnete der FDP-Fraktion. – Thomas Eiskirch [SPD]: Da sitzen sie! – Zuruf von der SPD: Das war die FDP! – Weitere Zurufe)

– Die Liberalen haben die OPEL-Politik in Nordrhein-Westfalen von Anfang bis Ende mitgetragen. Darum ist das, was wir hinbekommen haben, unser gemeinsamer Erfolg.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch und Lachen von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Gestern war es wohl etwas spät, Herr Kollege!)

Dann haben die Sozialdemokraten gesagt: Komme, was wolle. Wir müssen helfen. Wir stellen den Managern von GM die Geldsäcke vor die Tür und sagen ihnen: Bedient euch und nehmt, was ihr braucht.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Auch das wäre der falsche Weg gewesen. Wir sind in der Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen einen Mittelweg gegangen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mit Fieber muss man doch ins Bett, Herr Kollege!)

Wir haben gesagt: Nur wenn der Lackmустest bestanden wird, nur wenn ein zukunftsfähiges Konzept vorgelegt wird, nur wenn auch Geld der Eigentümer fließt, nur wenn der Standort in Bochum erhalten bleibt, nur wenn es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt, nur dann sind wir bereit, Überbrückungshilfen zu geben. – Sie sind auf Heller und Pfennig zurückgezahlt worden.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das hat nichts mit dem Landeshaushalt zu tun!)

Wir haben dafür gesorgt, dass OPEL nicht in die Insolvenz gegangen ist. Das war ein Riesenerfolg der Wirtschaftspolitik in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Marc Jan Eumann [SPD]: Mit Fieber gehört man ins Bett!)

Es gibt ein Vorgängerbeispiel dafür – es stammt ebenfalls aus Ihrer Heimatstadt Bochum, Herr Eiskirch –, wie Sie damals Förderpolitik in Zeiten der Krise betrieben haben.

(Zuruf von der SPD: Sie clustern sich um Kopf und Kragen!)

Ihre Regierungskoalition hat damals NOKIA nach Bochum geholt. Sie haben die Geldsäcke vor die Tür gestellt. Sie haben ohne intensive Prüfung der Konzepte dafür gesorgt, dass Steuermittel an NOKIA gegeben wurden.

(Svenja Schulze [SPD]: Was für ein Unsinn! – Zuruf von der SPD: Das ist doch nun wirklich Quatsch, Herr Kollege!)

Nachher hat sich herausgestellt: Niemand hat sich bei NOKIA an die Voraussetzungen gehalten. Sie haben noch nicht einmal kontrolliert; wir mussten das geradebiegen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN – Thomas Eiskirch [SPD]: Das wissen Sie besser!)

Sich vor diesem Hintergrund hierhin zu stellen und gegen ihre eigene sozialdemokratische Oberbürgermeisterin zu reden, die sich gerade in diesen Tagen ausdrücklich bei der Landesregierung für den Pakt für Bochum bedankt und ihn als positiv bewertet hat, ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Das ist verlogen. Anders kann man das an dieser Stelle in der Tat nicht nennen.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Eumann [SPD]: Ist das die Bewerbungsrede für den Fraktionsvorsitz? – Weitere Zurufe von der SPD)

Da ich viel über Großunternehmen gesprochen haben, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, will ich an dieser Stelle sagen: Über 10.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen wurden seit Jahresanfang Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen zugesprochen. Wir haben Bürgschaften und Darlehen gewährt, um in einer schwierigen Finanz- und Wirtschaftskrise gerade die Unternehmen im Mittelstand zu stärken und um gerade im Mittelstand die gut aufgestellten Unternehmen über die Zeit zu bringen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Das sind nicht diejenigen Unternehmen, die täglich die große Schlagzeile wollen. Das sind nicht die Unternehmen, die mit großen Demonstrationen Staatsmittel einfordern.

Das ist effiziente Hilfe. Das ist seriöse Wirtschaftspolitik. So muss man in der Krise mit Unternehmen sowie mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umgehen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber leider ohne seriöse Wirtschaftspolitik der CDU!)

Da ich gerade beim Thema Mittelstand bin, möchte ich einen weiteren Unterschied deutlich zutage treten lassen. Herr Eiskirch, als Ihre Partei in Nordrhein-Westfalen noch die Wirtschaftsminister gestellt hat, haben Sie Beauftragte benannt, Papiere verabschiedet, Proklamationen gemacht, Resolutionen verabschiedet und Berge von Papier produziert.

(Widerspruch von der SPD)

Unsere Mittelstandspolitik sieht anders aus. Seitdem CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen regieren, wird konkret etwas für den Mittelstand verän-

dert, wie Sie in verschiedenen Mittelstandspaketen nachlesen können.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD – Zuruf von André Stinka [SPD])

Es kommt nicht von ungefähr, dass Sie sich bei den Organisationen des Handwerks nicht mehr sehen lassen. Sie trauen sich doch nicht mehr, zu den Handwerkern zu gehen, weil Sie von denen erzählt bekommen, wie segensreich die Politik dieser Landesregierung gerade für Handwerk und Mittelstand in unserem Land ist.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Gehen Sie doch mal zum Jahresempfang der Handwerkskammer nach Düsseldorf. Dort war kein einziger Sozialdemokrat anwesend, weil Sie sich nicht mehr dorthin trauen und weil Sie Angst vor der Leistungsbilanz dieser Landesregierung haben, die sich für den Mittelstand eingesetzt und konkrete Taten auf den Weg gebracht hat, und die keine Papiere verabschiedet und Beauftragte eingesetzt hat.

(Beifall von CDU und FDP – Horst-Emil Ellinghaus [CDU]: Ganz genau! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Förderpolitik in Nordrhein-Westfalen ist in der Tat neu formuliert worden. Wir stärken die Stärken, statt ständig den Schwächen hinterherzulaufen. Wir haben die Gießkanne durch den Wasserschlauch ersetzt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Da haben Sie aber viele Löcher hinein gemacht! – Zuruf von der SPD: Mit Löchern!)

In der Tat gibt es Wettbewerb um Fördermittel, weil wir die Fördermittel so effizient wie möglich einsetzen wollen, weil sie nur dann neue Arbeitsplätze schaffen und weil sie nur dann nachhaltig die Wirtschaftskraft unseres Landes tatsächlich stärken.

(Zuruf von der SPD: Diesen Schwachsinn muss man sich nicht anhören!)

Mich wundert, Herr Eiskirch, als Vertreter des Ruhrgebietes, dass Sie in den vergangenen Jahren immer gesagt haben: Das darf man um Gottes Willen nicht machen. Was wird im Ruhrgebiet passieren, wenn wir nicht in alle Regionen unseres Landes Fördermittel geben? Was wird dann dort los sein?

Wir können Ihnen heute sagen, was im Ruhrgebiet los ist. Diese starke und selbstbewusste Region ist trotzdem und weiterhin in den Genuss von Fördermitteln gekommen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war im Vergleich zu anderen Regionen des Landes überdurchschnittlich.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das zeigt, dass trotz der Verbreiterung der Förderkulisse auch das Ruhrgebiet nicht auf der Strecke

geblieben ist. Diese Wirtschaftspolitik hat dieser wichtigen Wirtschaftsregion unseres Landes, dem Ruhrgebiet, ganz nachhaltig geholfen.

(Beifall von der CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Wittke allein zu Haus! – Zuruf von der SPD: Die Wittkisierung der CDU im Ruhrgebiet!)

Das geschah eben nicht mit der Gießkanne, sondern mit dem Wasserschlauch – zielgerichtet und nur dort, wo es tatsächlich erforderlich ist.

(André Stinka [SPD]: Zielgerichtet mit dem Wasserschlauch? Das zeigen Sie mir doch einmal! – Zuruf von der SPD: Da sind aber große Löcher drin!)

In der Tat hätten wir gern mehr Landesgeld zur Verfügung – zur Innovations- und Wissensförderung sowie zur Förderung guter Unternehmen in unserem Land.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die Rede eines Feuerwehrmanns!)

Aber es wird weiterhin viel Geld in der Kohle gebunden, und daher gehört es zu den größten Erfolgen der Wirtschaftspolitik dieses Landes, dass mit dem subventionierten Steinkohlenbergbau bei uns in Nordrhein-Westfalen Schluss sein kann, sodass endlich Geld für die zukunftssträchtigen Wirtschaftszweige zur Verfügung steht, in denen neue Arbeitsplätze entstehen können, die auf Dauer Bestand haben werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine Bemerkung zum Schluss: Wenn Ihre Kritik tatsächlich so ernst gemeint war, Herr Eiskirch, frage ich Sie: Wo waren denn Ihre Anträge zum Einzelplan 08? Wo war denn das Aufzeigen der Alternativen zu dieser Wirtschaftspolitik der Landesregierung? Wo waren denn Ihre Konzepte? Wo waren denn die Konsequenzen aus dem vermeintlich schwierigen Verhalten dieser Landesregierung?

Keinen einzigen Antrag haben Sie in einem der wichtigsten Politikfelder dieses Landes auf den Weg gebracht. Das ist ein Armutszeugnis für die größte Oppositionspartei. So, lieber Herr Eiskirch, werden Sie noch viele Oppositionsreden in diesem Haus halten können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Wittke. – Für die FDP spricht Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik

geht leider auch an Nordrhein-Westfalen nicht spurlos vorüber. Natürlich prägt auch dies die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2010. Mit Blick auf die konjunkturbedingten Haushaltsverschlechterungen ist es klug, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und nicht, wie es einige wollen, gegen die Krise anzusparen.

Es gibt keine Kürzungen in den wichtigen Zukunftsfeldern der Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik. Durch diese politische Schwerpunktsetzung wird letztlich die Grundlage dafür geschaffen, dass Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsstandort weiter an Attraktivität gewinnt. So gesehen lässt sich eine erfolgreiche Wirtschafts- und Mittelstandspolitik nicht allein aus den Zahlen im Haushaltsansatz der Einzelplans 08 ablesen.

Das wäre auch absolut falsch. Denn mit 428 Millionen € wird leider immer noch mehr als rund die Hälfte des Haushalts an die Subventionierung der Steinkohle fließen. Bekanntermaßen ist dies kein politischer Schwerpunkt dieser Landesregierung. Wir würden diese Mittel liebend gern dort einsetzen, wo sie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken, anstatt damit weiterhin die Vergangenheit zu befeuern.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Machen, nicht quatschen!)

Trotz der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges, trotz Rekordinvestitionen in Schule, Hochschule, Kinder und Familie und trotz millionenschwerer Vorbelastungen des Haushalt aus früheren Jahren bleibt die Neuverschuldung 2010 immer noch unter der höchsten Neuverschuldung von Rot-Grün.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das ist eine Lüge!)

– Herr Krakeelhannes, da hinten! Sie haben das damals auch mitgetragen – nur um Ihre Erinnerungen zu wecken.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie lügen uns doch die Hucke voll!)

Das zeigt, die Koalition aus CDU und FDP ist auch bei der Haushaltskonsolidierung nach wie vor auf dem richtigen Weg.

Ich freue mich darüber, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise bisher die Beschäftigungssituation längst nicht so stark beeinflusst hat, wie allgemein befürchtet. Im letzten Monat ist die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zum vierten Mal infolge gesunken. Trotz der überaus schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben wir aktuell immer noch 283.000 Arbeitslose weniger als im Mai 2005, Herr Eiskirch, während Ihrer Regierungsverantwortung. Herr Eiskirch, ich sage nur: Privat vor Staat.

(Ute Schäfer [SPD]: Haben wir lange nicht mehr gehört!)

Diese Zahlen sind ein Indiz dafür, dass Nordrhein-Westfalen mit der Wirtschaftskrise heute erheblich besser klarkommt, als das vor einigen Jahren möglich gewesen wäre. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen ist es gelungen, die Auswirkung der Krise abzumildern:

Der Bürgschaftsrahmen für kleine und mittelständische Unternehmen wurde erhöht; die Verfahren zur Vergabe von Bürgschaften wurden erheblich beschleunigt. Es wurde ein neues Beratungsangebot für Unternehmen geschaffen, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Das Vergaberecht wurde vereinfacht, um die öffentliche Auftragsvergabe zu beschleunigen.

Knapp 11.000 kleine und mittlere Unternehmen, Herr Kollege Eiskirch, haben seit Anfang des Jahres die Kredit-, Bürgschafts- und Beratungsprogramme in Nordrhein-Westfalen in Anspruch genommen und wurden dadurch in die Lage versetzt, die Folgen der Krise besser zu bewältigen. Ziel der Landesregierung ist es, mittelständischen Unternehmen zu helfen, die im Prinzip gesund sind, aber infolge der Wirtschaftskrise in eine vorübergehende Schiefelage geraten sind und Liquiditätsprobleme haben.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das ist ein Originalzitat aus meinen Reden hier! Insofern bin ich ganz bei Ihnen!)

Herr Kollege Eiskirch, Sie dagegen wollen auf Risiko und Kosten der Steuerzahler nicht wettbewerbsfähige Strukturen von Großkonzernen erhalten, so, wie Sie sich das bei General Motors offenbar auch vorstellen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Nein! Das ist eine böswillige Unterstellung! Lesen Sie dazu meine Reden! Das ist absolut unwahr!)

Kommen wir zu Opel! Schon lange vor der Krise hatte General Motors strukturelle Probleme. Die Überkapazitäten im Automobilmarkt belaufen sich derzeit auf etwa 30 %. Wenn wir diese mit staatlichen Hilfen künstlich erhalten, müssen anderswo wettbewerbsfähige Arbeitsplätze abgebaut werden. Herr Kollege Eiskirch, das müssen Sie dann aber auch den Mitarbeitern von Ford, VW und den Zulieferern erklären. Das, was General Motors gestern als sogenanntes Sanierungskonzept vorgelegt hat, ist auf ganzer Linie enttäuschend.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist der große Erfolg der Landesregierung! Das hat eben schon Herr Wittke erklärt!)

Es enthält mehr Fragen als Antworten zur Zukunft von Opel und kann erst recht keine Grundlage für irgendwelche staatlichen Hilfen sein.

Bis vor kurzem noch hat General Motors erklärt, man sei selbst in der Lage, die europäischen Werke

zu sanieren. Jetzt will der Konzern nur noch 600 Millionen € des 3,3 Milliarden € hohen Finanzbedarfs selbst aufbringen – noch nicht mal ein Fünftel, meine Damen und Herren. Den Rest sollen die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beibringen. Hier werden von General Motors leider wieder einmal die Politik und der Steuerzahler hinter die Fichte geführt. Das kann nicht der richtige Weg sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn es zu schmerzhaften Anpassungsprozessen kommt, muss der Bund helfen, aber nicht durch den Erhalt unrentabler Jobs, sondern durch Impulse für zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Herr Wittke hat doch gerade gesagt, Sie hätten das Unternehmen schon gerettet!)

Wie so etwas funktioniert, zeigt das Programm „Wachstum für Bochum“.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Und das funktioniert? Das ist doch nicht Ihr Ernst!)

Nach der Schließung des Nokia-Werks wurde dort ein regionales Wachstums- und Beschäftigungsprogramm aufgelegt, durch das bis zu 3.000 innovative und zukunftsfeste Arbeitsplätze in der Region entstehen können. Herr Kollege Eiskirch, dazu haben Sie als Bochumer eben nichts gesagt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sie haben zwei Jahre Zeit gehabt!)

Meine Damen und Herren, Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik ist und bleibt aber, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere für die 748.000 kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Ein gutes Beispiel dafür, wie man Wachstumsimpulse setzen kann, ohne Steuergelder in die Hand zu nehmen, ist das Ladenöffnungsgesetz in Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit von der SPD)

Die vollständige Freigabe der Öffnungszeiten an Werktagen hat nicht nur die Umsätze im Einzelhandel, sondern auch die nordrhein-westfälischen Innenstädte belebt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Brötchen und Blumen! „Ostersonntag“ sage ich nur!)

– Ja, Herr Eiskirch. Sie haben zu dem Thema eben nichts gesagt.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es auch völlig abwegig, wenn SPD und Grüne das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Sonn- und Feiertagsschutz im rot-roten Berlin zum Anlass nehmen, das Ladenöffnungsgesetz Nordrhein-Westfalen in Frage zu stellen. Sieht man von der Regelung für den Verkauf von Brötchen und Blumen an Ostern, Pfingsten und Weihnachten ab,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

bringt unser Gesetz die Interessen des Einzelhandels und der Kunden mit dem Schutz der Sonn- und Feiertage in hervorragender Weise in Einklang, Herr Kollege. Deshalb sind wir vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch überhaupt nicht betroffen. Wie man angesichts dessen von einer schallenden Ohrfeige für die Landesregierung sprechen kann, Herr Kollege Priggen, kann ich nun wirklich nicht verstehen.

Auch mit vielen anderen Reformen haben wir die Rahmenbedingungen für mittelständische Betriebe und Existenzgrüner verbessert und bürokratische Hürden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze beseitigt. Dazu gehören zum Beispiel die Abschaffung des überaus bürokratischen Tariftreuegesetzes, das neue Gemeindefinanzrecht, das Handwerk und Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch kommunale Unternehmen schützt, oder die landesweite Einrichtung von Startercentern, in denen Gründungsberatung und die Abwicklung von Gründungsformalitäten aus einer Hand angeboten werden.

Meine Damen und Herren, während Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands stets hinterherhinkte, können wir jetzt wieder Schritt halten mit dem Bund, und Nordrhein-Westfalen wird auch weiterhin Schrittmacher sein. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Wittke, ich weiß ja nicht, warum Sie uns eben zehn Minuten lang so angebrüllt haben. Sollte das bewirken, dass das Echo Ihrer Rede in die nächste Legislatur nachklingt, muss man eines festhalten: Das war wahrscheinlich Ihre letzte Rede zum Haushalt, weil alles das, was Sie erzählen, offensichtlich im Ruhrgebiet nicht so positiv ankommt, als dass die CDU dort eine Chance auf Direktmandate hätte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insofern war das vielleicht der Grund für den lauten Impuls hier: Das Echo soll nachklingen. Vielleicht war das das wahre Motiv.

Lieber Kollege Brockes, einleitend nur eine Anmerkung: Sie sagen, die Arbeitslosigkeit sei gesunken. Darüber sind alle froh. Das ist völlig in Ordnung. Sie blenden aber aus, dass mit staatlichen Geldern sehr viele Leute kurzarbeiten, damit die Betriebe sie nicht freisetzen, und bringen in einer Situation, in der der Staat nun wirklich geholfen hat, die schlimmsten Auswüchse aus dem, was Sie ideologisch zu ver-

antworten haben, zu verhindern, auch noch den Spruch „Privat vor Staat“.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und Rüdiger Sagemann [fraktionslos])

Sie als Ellenbogentruppe des Turbokapitalismus haben für das gesorgt, was bei den Banken passiert ist, und kommen jetzt mit dem Spruch „Privat vor Staat“.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Ohne diese staatlichen Maßnahmen wäre die Arbeitslosigkeit gestiegen, und die Firmen hätten keine Chance, ihre Stammebelegschaften zu halten. Das ist wieder die übliche Geschichtsklitterung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Lieber Herr Kollege Brockes, Sie und auch Herr Wittke blenden hier alles aus, was die Berliner Regierung im Moment anrichtet, und reden nicht über die Fakten. Es ist schon ein Stück weit surreal, so über den Wirtschaftshaushalt zu reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich beobachte die Landespolitik seit 20 Jahren. Noch nie hat eine Landesregierung die Interessen des Landes in einem solchen Ausmaß gegenüber Berlin verraten wie diese Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das, was in Berlin derzeit passiert – und ich will in Bezug auf die CDU sagen: auch das, was vorher schon passiert ist –, geht in Milliardenhöhe zulasten Nordrhein-Westfalens. So, wie der Haushalt jetzt angelegt ist, ist er im Bereich der Verschuldung in hohem Maße unehrlich. Er stellt die Milliardenbelastungen, die schon 2010 auf das Land zukommen, nicht korrekt dar, sondern täuscht mit Buchungstricks darüber hinweg, dass es die höchste Verschuldung geben wird, die das Land jemals hatte, und das bei gestiegenen Steuereinnahmen und wesentlich besseren Konjunkturdaten. Die Verschuldung steigt, weil Sie in Berlin im Prinzip immer wieder sagen: Wenn ihr noch irgendeine unsinnige Operation machen wollt, macht sie und packt die Lasten in Nordrhein-Westfalen oben drauf.

Ich will das anhand einiger Beispiele klarmachen. Der Ministerpräsident hat in seiner Pressekonferenz am 27. Oktober gesagt: 885 Millionen € Belastung kommen im nächsten Jahr allein durch dieses unsinnige Paket des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Nordrhein-Westfalen zu.

Ich will es nur einmal sagen: Die Abschaffung der Studiengebühren würde 250 Millionen € kosten. Mehr als das Dreifache kommt auf Nordrhein-Westfalen zu, ohne dass irgendwo Sinn und Verstand zu erkennen sind oder konjunkturelle Impulse gegeben werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen soll auf 7 % gesenkt werden. Das kostet 1 Milliarde €, auf NRW entfällt der entsprechende Anteil. Es handelt sich um eine reine Klientelbedingung für einen bayerischen Provinzpolitiker, der gesagt hat, das sei Teil seiner Bedingungen für eine Koalition. Wir in NRW tragen diese Belastung und stehen nicht dagegen auf, anders als der Ministerpräsident eines so kleinen Landes wie Schleswig-Holstein, der wenigstens noch ein bisschen Rückgrat hat und sagt: Das sind 70 Millionen € für mein Land und 50 Millionen € für die Kommunen; das können wir uns nicht leisten. – Nordrhein-Westfalen schweigt und sagt: Wenn ihr noch mehr haben wollt, bekommt ihr noch mehr. – Also machen die Berliner weiter.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das nächste Beispiel ist dieser absolute Quatsch mit der Desintegrationsprämie. Wir bemühen uns, Kinder in die Kindergärten und in die Vorerziehung zu bekommen, damit sie integriert werden.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das gehört doch nicht zum Tagesordnungspunkt!)

– Kollege Weisbrich, alle diese Maßnahmen werden sich auf den Haushalt des Landes auswirken. Obwohl der Haushalt des Wirtschaftsministeriums ohnehin schon sehr knapp ist, kommt alles noch oben drauf. All das hat nichts mit Konjunkturförderung zu tun. 2010 wird ein sehr hartes Jahr für Nordrhein-Westfalen werden.

Sie machen – das ist mir lange klar – hier eine Art Weihrauchkoalition: Koalition der Erneuerung, Koalition der Mitte, immer diese Elogen. Dabei spielt der Ministerpräsident eine geniale Doppelrolle: Er spielt den Sozialcharismatiker, und in Wirklichkeit ist er da nicht da. Er ist auch heute wieder nicht da. Milliarde um Milliarde wird als Belastung auf das Land gepackt und steht nicht zur Verfügung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Er kommt gerade!)

– Herzlich willkommen, Herr Ministerpräsident! Ich habe dem Kollegen Einmahl auch schon zum 60. gratuliert; wir wünschen ihm alle zusammen alles Gute. Das ist völlig in Ordnung. Aber es ist schön, dass Sie jetzt da sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist nicht das Einzige. Aus der Zeit der Großen Koalition kommen, ebenfalls 2010 wirksam, die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge und der Einstieg in die Beseitigung der kalten Progression. Damit kommen noch einmal 1,7 Milliarden € für Nordrhein-Westfalen in 2010 oben drauf, Herr Weisbrich. Das alles wird ausgeblendet und spielt keine Rolle. Aber es ist ja nicht so, als wären die Berliner Haushaltsattentäter am Ende. Die

nächsten Operationen sind geplant: in den Jahren 2011 und 2012 Stufentarif der Einkommensteuer mit 17 Milliarden € Entlastung. Nordrhein-Westfalen wird über den 42,5%-Anteil der Länder und über den 15%-Anteil der Kommunen beteiligt: 1,7 Milliarden € für das Land, 450 Millionen € für die Kommunen.

Gibt es einen Aufschrei bei der Landesregierung nach dem Beispiel der schleswig-holsteinischen Landesregierung? Wird gesagt, wir können es nicht mehr tragen? Ich kann doch nicht darüber zetern, dass jetzt 500 Millionen € für Steinkohle abgeschmolzen werden, was richtig ist – das haben wir alle zu verantworten, um es ehrlich zu sagen –, und jedes Mal, wenn Berlin eine Milliarde für NRW draufpackt, sage ich, Wohltat, hat gut getan, hat konjunkturelle Impulse, und mache dieses ökonomische FDP-Voodoo mit,

(Beifall von den GRÜNEN)

auch wenn es keine positiven Auswirkungen hat. Wenn man sich dann genau anguckt, ob es Investitionstätigkeiten auslöst, stellt man fest, es ist ein bürokratisches Monster. Wir bekommen doch die Rückmeldung: Der Mehrwertsteuersatz von 7 % für Hotels führt zu doppelter Rechnungsstellung. Die Wirtschaft beschwert sich schon und sagt, es sei absurd, dass zwei Rechnungen ausgestellt werden müssten.

Sozialpolitisch ist das, was Sie machen, eine Katastrophe. Es gibt 1,8 Millionen Kinder in Deutschland, die in Familien leben, die in Arbeitslosengeld II oder in der Grundsicherung sind. Die haben davon überhaupt nichts. Ich weiß, was auf meine Familie – zwei Kinder, Doppelverdiener, Spitzensteuersatz – zukommt und kann mir das ausrechnen. Aber es ist sozialpolitisch zutiefst unsozial, was Sie da Landesmitteln bezahlen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was die Katastrophe ist, wissen Sie ganz genau. Sie haben in vielen Kommunen Mehrheiten und wissen genau, was auf die Kommunen im nächsten Jahr zukommen wird. Sie wissen, was an konjunkturellen Einbrüchen kommen wird. Die Kommunen werden nicht mehr investieren können, weil das nächste Jahr für die Kommunen dramatisch bitter wird. Sie wehren sich nicht und verteidigen die Kommunen auch nicht.

Wir wissen, dass im Regierungsbezirk Arnsberg im nächsten Jahr 80 % der Kommunen einen Nothaushalt haben werden. Das wissen Sie genauso gut. Aber statt dass Sie aufstehen und statt dass der Ministerpräsident in Berlin sagt, dieses Land kann das nicht mehr tragen, unsere Kommunen halten das nicht aus, geht es hier wie im Wurstladen zu. Merkel sagt: Darf es etwas mehr sein? Der Ministerpräsident sagt: Packt es uns oben drauf, das merkt niemand, über Buchhaltertricks werden wir es verstecken. Wenn die Landtagswahl vorbei

sein wird, wird das Elend kommen. Dann kommt wieder Weihrauch oben drüber.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt alles zusammen: 2005 hatten wir kommunale Kassenkredite in Höhe von 10,2 Milliarden €. Am Ende dieses Jahres, nach vier Jahren, in denen Sie regieren, sind diese Kassenkredite von 10,2 auf 17 Milliarden € gestiegen. Das ist die bittere Situation. Alles, was Berlin gemacht hat und macht, haben Sie mitgetragen, zumindest die CDU und jetzt CDU und FDP, und packen es dem Land oben drauf. Das ist unverantwortlich. Dann brauche ich über Kleinigkeiten wie 3 Millionen € für irgendeinen Einzeletat nicht zu reden. Das andere zu dem Haushalt hat der Kollege Eiskirch eben richtig gesagt.

Aber dann hier eine derartige Show vorzuführen und auch noch erzählen, dies alles sei wohlgetan, ist für das Land unverantwortlich. Noch einmal zusammengefasst: Ich habe noch nie eine Landesregierung erlebt, die die ökonomischen Interessen dieses Landes gegenüber Berlin derartig verraten und hintangestellt hat, wie es diese Landesregierung macht. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Priggen. – Nun hat Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Welche Erfolge sind das denn, die Sie hier proklamieren? Kurzarbeitergeld, Niedriglöhne, prekäre und geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit – das ist Ihre Bilanz. Man kann keinesfalls mehr davon reden, dass Sie hier mehr und neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Sie sind die Krise. Wenn ich höre, was Sie hier von sich geben, dann kriege ich die Krise.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz? Eigentlich müsste es das Sozialabbaubeschleunigungsgesetz heißen, was Sie in Berlin veranstalten.

(Christian Weisbrich [CDU]: Warum?)

– Warum? Weil das, was Sie hier an Politik machen, genau dazu führt, dass in Nordrhein-Westfalen immer mehr Sozialabbau erfolgt. Die treibende Kraft ist diese Heuschrecken-Partei FDP an Ihrer Seite, die Sie vor sich her treibt. Sie machen da immer wieder mit. Von wegen christliches Weltbild, Herr Weisbrich, gucken Sie sich das einmal genauer an!

NRW ist im Länderfinanzausgleich weiter zurückgefallen. Auch daran sieht man, wie Ihre Bilanz hier in Nordrhein-Westfalen aussieht. NRW braucht endlich einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Im Vordergrund stehen dabei die Stärkung des öffentlichen und privaten Binnenmarktes, Wirtschaftsde-

mokratisierung und sozialökologische Erneuerung statt Massenentlassungen, Lohnverzicht und Marktberreinigung auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt. Das ist Ihre Politik hier in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaft muss endlich wieder für die Menschen statt für die Profiteure weniger Aktionäre da sein. Wir brauchen endlich einen Mindestlohn von 10 € in den Unternehmen, damit die Menschen wieder mehr in der Kasse haben und auch wieder mehr Geld ausgeben können – das ist tatsächlich etwas, was für den privaten Sektor gut ist und den Binnenmarkt ankurbelt –, statt der Millionenabzocke, die wir hier bei den Vorständen der Banken erleben.

Die Sozialbindung des Eigentums muss endlich wiederhergestellt werden. Mit einem Konjunkturprogramm und einem demokratisch kontrollierten Zukunftsfonds für den industriellen Umbau können Hunderttausende von Arbeitsplätzen in NRW mit guter statt prekärer Arbeit gesichert oder neu geschaffen werden. Davon ist in Ihrem Wirtschaftskonzept überhaupt nichts zu erkennen. Öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und erneuerbare Energien müssen ausgeweitet werden. Die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in Höhe von 140 Milliarden € zeigen aber die Abhängigkeit des Bundeshaushalts und des Landeshaushalts von der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist etwas, was Sie immer noch nicht verstanden haben.

Wenn ich heute in der Zeitung über Frau Kraft lese, dass sie im Falle unserer Landesvorsitzenden von einer Einzelmeinung spricht, dann kann ich ihr nur sagen: Dann schauen Sie sich doch einmal die Kernforderungen an, die wir als Linke aufgestellt haben. Vielleicht gibt es eine Perspektive, in Nordrhein-Westfalen einen Politikwechsel einzuleiten, zumindest in einzelnen Punkten. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wie man in Nordrhein-Westfalen wieder mehr soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit schaffen kann. Diese Landesregierung wird es mit Sicherheit nicht machen.

Dazu darf der Staat auch nicht gemäß neoliberaler Diktion zu einem Anhängsel der Wirtschaft verkümmern, sondern er hat die Wirtschaft auszusteuern und zu kontrollieren – das ist das, was die Linke schon seit Jahren vorschlägt –, sonst besteht die Gefahr, dass im Markt- und Wettbewerbsgeschehen noch weitere wirtschaftliche Machtgebilde entstehen.

Wenn ich mir anschau, was im Ruhrgebiet passiert – Stichwort Steinkohleausstieg –: Ja, okay, wir sind auch dafür, dass man perspektivisch aus der Steinkohleförderung aussteigt. Aber ich kann überhaupt nicht erkennen, wo Sie umsteuern. Herr Rüttgers und seine Landesregierung – Herr Rüttgers, hören Sie einmal zu – haben auf Bundesmitteln in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro

verzichtet, weil Sie ein Jahr schneller aussteigen wollten. Das ist die Realität. Diese Mittel gehen für das Ruhrgebiet verloren. Der Strukturwandel, der im Ruhrgebiet, vor allem aber im nördlichen Ruhrgebiet dringend notwendig ist, passiert eben nicht.

Ein demokratisches Wirtschaftskonzept verlangt zudem, dass zukünftige staatliche Subventionen an die Wirtschaft nur dann zu gewährleisten sind, wenn diese Subventionen zu einer staatlichen Beteiligung an den privatwirtschaftlichen Unternehmen führen. Aber vor allem muss das Geld, das eingesteckt wird, wieder zurückgezahlt werden. Ich kann bei Ihnen überhaupt nicht erkennen, dass das tatsächlich passiert. Außerdem brauchen wir erweiterte Mitbestimmungsrechte der Belegschaften; die paritätische Mitbestimmung und die Mitbestimmungsbefugnisse sollen zum Beispiel auf Standortverlagerung, Verkauf und andere unternehmensrelevante Bereiche ausgeweitet werden; die Aufsichtsratsvertreter sind auf volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ziele zu verpflichten. Auch alles das kann ich in Ihrer Politik nicht erkennen.

Umstellung der Produktion auf Ressourcen und Energieeffizienz, sozialökologische Erneuerung, Qualitätsprodukte und Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe – auch alles das machen Sie nicht. Kleinere und mittlere Unternehmen spielen natürlich eine wichtige Rolle dabei. Dafür sind auch wir. Gerade zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung ist Dezentralisierung angesagt. Dazu kann ich bei Ihnen aber auch nichts erkennen. Sie setzen weiterhin auf die großen Monopolstrukturen und auf die Preisdiktate der Energiekonzerne. Auch das ist eine Politik, die nicht zukunftsweisend und im Sinne der Beschäftigten und der Menschen in Nordrhein-Westfalen sein kann.

Wir setzen deswegen auf ein Zukunftsinvestitionsprogramm für NRW, das die Menschen vor Massenentlassungen schützt und überfällige sozialökologische Erneuerungen ermöglicht. Ziel dieses Programms ist es, die Defizite in den Bereichen Bildung, Erziehung, Pflege, ÖPNV, Wohnungsbau und Gesundheitsbereich zu überwinden und den ökologischen Umbau durch Investitionen in regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung voranzutreiben. Das sind Maßnahmen, die das Land voranbringen müssen.

Dafür müssten Sie auch in Berlin kämpfen, Herr Rüttgers, und nicht nur dafür sorgen, dass Sie irgendwie und möglichst ohne Schaden über die Landtagswahl am 9. Mai kommen. Das ist Ihre einzige Strategie. Sie bereiten hier schon den Wahlbetrug vor. Das ist Ihre Politik, die Sie machen. Alles ist nur darauf ausgerichtet, über den 9. Mai zu kommen. Die wirklich grausamen Maßnahmen werden erst danach kommen. Das ist Ihre Politik. Ihre Wirtschaftspolitik geht völlig in die falsche Richtung.

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, nun spricht Frau Ministerin Thoben für die Landesregierung.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst wenige Anmerkungen zur konjunkturellen Lage. Nach der dramatischen Verschärfung des Einbruchs der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die deutsche Konjunktur zur Jahresmitte hin stabilisiert. Die über vier Quartale andauernde rückläufige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts fand im zweiten Quartal des Jahres 2009 ein Ende. Harte wie weiche Konjunkturindikatoren deuten für Deutschland wie auch für Nordrhein-Westfalen auf eine leichte Aufwärtsbewegung in der zweiten Jahreshälfte 2009 und 2010 hin.

Trotz sich abzeichnender Aufwärtsbewegungen werden wir konjunkturbedingte Steuerausfälle, aber auch Steuerminderausgaben aus dem geplanten Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes tragen, die wir kreditfinanzieren werden. Denn Einsparungen auf der Ausgabenseite würden zum jetzigen Zeitpunkt die Nachfrage und damit die Konjunktur zusätzlich schwächen. Gegen die Auswirkungen der Krise anzusparsen, hieße, die Abwärtskräfte zu stärken.

Ich darf daran erinnern, dass der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nicht allein aus den Mitteln des Einzelplans 08 gestärkt wird, sondern dass sich ein Wirtschaftsstandort unter anderem auszeichnet durch seine Innovationsfähigkeit, durch seine Forschungsinfrastruktur, durch seine Bildungsinfrastruktur oder auch durch seine Angebote zur Unterstützung der Familien. Für diese Bereiche haben und werden wir weiterhin erhebliche Mittel bereitstellen, die allerdings nicht im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums veranschlagt werden.

Eine weitere Erhöhung der Kreditaufnahme zur Finanzierung neuer oder zur Aufstockung bestehender Programme ist nicht zu verantworten, im Übrigen nicht zu rechtfertigen, weil der Einzelplan 08 und damit auch der Wirtschaftshaushalt bedarfsgerecht aufgestellt ist und im Übrigen selbstverständlich die notwendigen Landesmittel vorsieht, die zum Abruf bereitgestellter Bundes- und EU-Mittel erforderlich sind.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass keine Änderungsanträge zum Wirtschaftshaushalt gestellt worden sind, zeigt nach meiner Überzeugung, dass der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung weitaus besser ist als die Debattenbeiträge, die sich die Opposition leistet. Das gilt sowohl für Sie, Herr Priggen, als auch für Herrn Eiskirch.

(Beifall von der CDU)

Der Haushalt umfasst 865 Millionen €. Die Kohlehilfen machen immer noch knapp die Hälfte des Ge-

samthaushalts aus. Der andere Teil ist eindeutig und ganz auf Innovation ausgerichtet und darauf, Stärken zu stärken, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, den Standort international besser zu positionieren,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das hält sich aber nicht die Waage!)

unsere Metropole im Herzen Europas für ausländische Investoren attraktiv zu machen und damit auch international zu werben. Wir sind das Zentrum sämtlicher Überlebentechnologien für uns hier und weltweit. Die Industrie ist in diesem Zusammenhang nicht das Problem, sondern die Lösung.

Deshalb befindet sich die Umsetzung des Ziel-2-Programms, nachdem die Umsetzungsprobleme der Anfangsphase überwunden werden konnten, im Zeitplan. Nach Ablauf von zweieinhalb Jahren der siebenjährigen Förderperiode sind 36 % der Mittel eingesetzt, über 720 Projekte in den drei Schwerpunkten des Programms bewilligt, mit denen Gesamtausgaben in Nordrhein-Westfalen in Höhe von 970 Millionen € bei privaten Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen mobilisiert werden konnten.

Hierfür sind insgesamt – Herr Eiskirch, hören Sie gut zu – 460 Millionen € Fördermittel sowie 200 Millionen € des Landes eingesetzt worden. Bei jedem einzelnen Projekt ist der Hinweis darauf zu finden, dass und welchen Teil die EU finanziert hat. Für das Förderjahr 2010 stehen für alle am Programm beteiligten Ressorts 178 Millionen € EU-Mittel bereit, also 25 Millionen € mehr als 2009. Damit kann der schwache Mittelabfluss in der Startphase nachgeholt werden.

Aus diesem Grund haben wir auch die für Projekte des Wirtschaftsministeriums vorzusehenden Landesmittel auf 44 Millionen € erhöht. Die Entscheidung der Landesregierung, die Fördermittel hauptsächlich über Wettbewerbsverfahren zu vergeben, hat sich bewährt. Der Bewilligungsstau, der durch das erstmalige Einführen von Wettbewerbsverfahren entstanden ist, ist aufgehoben.

Nach Abschluss der ersten Wettbewerbsrunde Anfang 2009 konnten mittlerweile quer über alle Wettbewerbe rund 70 % der Projekte bewilligt werden. Gerade bei den Wettbewerben, die bereits im Laufe des letzten Jahres abgeschlossen wurden, liegen die Bewilligungsquoten zumeist zwischen 90 und 100 %. Bei den erst in diesem Jahr beendeten Wettbewerben der ersten Runde läuft das Bewilligungsverfahren auf Hochtouren.

Ausgewogen ist nach dieser Zwischenbilanz auch die regionale Verteilung der bewilligten Projekte. Befürchtungen, dass strukturschwache Regionen durch das Wettbewerbsverfahren benachteiligt werden, haben sich nicht bestätigt. So entfallen ein Drittel aller Bewilligungen auf das Ruhrgebiet. Dies entspricht einem Volumen von insgesamt knapp 140 Millionen € an Zuwendungen.

Ziel der meisten Wettbewerbe war es, möglichst viele Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen gemeinsam zu Projektskizzen zu motivieren. Das ist gelungen. Knapp 60 % der Projektverbünde hatten mehr als drei, rund 30 % mehr als vier Kooperationspartner. Auch der Kooperationszweck, Technologietransfer auf breiter Front, ist erreicht. Mehr als ein Drittel der Zuwendungsbescheide gingen an Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen des Landes, die dabei grundsätzlich mit Partnern aus der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Eine weitere wichtige Zielgruppe sind die Unternehmen im Land, die rund 50 % der bisher ausgesprochenen Bewilligungen in Anspruch nehmen können. Inhaltlicher Schwerpunkt ist neben der Innovationsförderung, Herr Priggen, die Nachhaltigkeit. Rund 50 % der bisher bewilligten Projekte verfolgen Klimaschutzziele. Im Vordergrund stehen die Reduktion von Treibhausgasen, die Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien.

Die zweite Wettbewerbsrunde ist in vollem Gang. 14 der avisierten 20 Wettbewerbe sind gestartet. Hiervon sind bereits sieben abgeschlossen, drei werden noch in diesem Monat und drei Anfang 2010 an den Start gehen. Das Interesse an den Wettbewerben ist ungebrochen. Dies zeigen nicht nur die gut besuchten Informationsveranstaltungen und die hohe Zahl der Beratungsgespräche während der Phase der Antragstellung, auch die Zahl der eingereichten Projektskizzen ist gleichbleibend hoch. Bei einigen Wettbewerben wurden mehr Skizzen eingereicht als in der ersten Wettbewerbsrunde.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass mit der Einführung der Wettbewerbsverfahren eine anhaltend hohe Mobilisierung von Akteuren aus allen Regionen des Landes erreicht werden könnte. Wir erreichen neue Zielgruppen, insgesamt ist eine höhere Beteiligung zu verzeichnen, die Wettbewerbsverfahren tragen außerdem zu mehr Transparenz sowohl bei Förderentscheidungen als auch bei der Mittelverwendung bei.

Auch die Clusterpolitik wird aus dem Ziel-2-Programm gefördert. 15 Cluster mit professioneller Führung haben die Arbeit aufgenommen. Es arbeiten sehr viele Unternehmen mit Forschungseinrichtungen zusammen. Manche haben sich ganz neu kennengelernt. Profitiert haben vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Rund 560 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik haben sich bei der ersten Cluster-Jahrestagung ExzellenzNRW im Landtag über den Fortschritt der Wirtschafts- und Innovationspolitik informiert. Dabei wurde deutlich, dass unser Land mit Clusterpolitik ein exzellentes Navigationssystem auf dem Weg in die Wissenschaftsgesellschaft besitzt.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt natürlich auch ein weiterer Schwerpunkt.

Aber, Herr Eiskirch, zum Programm „Wachstum für Bochum“: Sie scheinen sich zu ärgern, dass da etwas glückt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Nein!)

Das ist Ihr Hauptproblem.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Genauer zuhören hätte geholfen!)

Sie hätten am Dienstag an der Pressekonferenz in Bochum teilnehmen können, wo wir zusammen mit der Oberbürgermeisterin ...

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ist auch gut, dass das kommt! Es hat nur zu lange gedauert!)

Die Oberbürgermeisterin konnte sich vor Dank an die Landesregierung kaum retten.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Alles ein Dreivierteljahr vorher!)

Sie scheinen keine Rückkopplung mehr mit Ihrem Wahlkreis und schon gar nicht zu Ihrer Heimatstadt zu haben.

(Beifall von der CDU)

Wenn ein so kompliziertes Verfahren ... Übrigens: Bis zu dieser Debatte hatten Sie noch halbwegs die Übersicht und haben ruhig nachgefragt und eingesehen, dass manche rechtlich komplizierten Verträge lange dauern. Das haben Sie heute Morgen alles vergessen. Buchen Sie es irgendwo ab. Ich nehme das nicht ernst.

Das Programm „Wachstum für Bochum“ ist ein vorzeigbarer Erfolg.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Gut, aber zu langsam!)

Wir haben 53 Millionen €, 20 Millionen € stammen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe. Das ist die Rückzahlung. Der Bund hat sie uns wieder zur Verfügung gestellt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Dazu haben Sie zwei Haushalte gebraucht!)

Wir mussten die Kofinanzierung ...

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sie wollten es schon im letzten vereinnahmen oder verausgaben!)

Darüber hinaus stellt das Land gezielt für dieses Programm weitere rund 23 Millionen € bereit. Es gibt aus der Region keine Klage.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sehen Sie!)

Die Auswahl geeigneter Projekte im Rahmen des Programms ist in einer letzten Sitzung des damit beauftragten Projektteams, an dem viele Akteure

teilnahmen, auch professionelle Beratung, am 20. März abgeschlossen worden. Mit der Umsetzung des Programms haben wir in den letzten Tagen einen großen Schritt nach vorn gemacht.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Von März bis jetzt die Hälfte bewilligt!)

Inzwischen sind 16 von 30 Projekten mit einem Fördervolumen von 39 Millionen € bewilligt worden.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Seit März bewilligt!)

Auch die anderen 14 Projekte werden zeitnah

(Britta Altenkamp [SPD]: Entbürokratisiert!)

auf den Weg gebracht. Was daran Verzögerung ist, verstehe ich nicht.

Die thematische Spannweite der Projekte ist sehr groß. Sie reicht von klassischer Gewerbeflächenpolitik bis zu Projekten aus Maschinenbau, Logistik und Bildung. Ich habe zusammen mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum und Vertretern der Universität vorgestellt, welche Projekte zum Beispiel den Maschinenbau stärken, die Medizinkompetenz und auch die Infrastruktur ausbauen.

Eine Anmerkung muss ich allerdings – verzeihen Sie, Frau Präsidentin – noch zu Opel machen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, in engem Schulterschluss mit den Arbeitnehmervertretern vor Ort und den Gewerkschaften an einem tragfähigen Zukunftskonzept so mitzuwirken, dass wir dann, wenn etwas Beratungsfähiges vorliegt, mitwirken können, dass es umgesetzt wird. Das wird auch weiterhin so bleiben. Wir warten insofern auf die Präzisierung der Vorstellungen von GM und werden dann in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Entscheidungen treffen. Aber natürlich sind sie nicht das Verteidigen alter Strukturen, sondern wir versuchen, eine Antwort in Bezug auf Zukunftsperspektiven für diesen Standort zu geben.

Dann gibt es noch eine Forderung der SPD, die immer wieder kommt: Die Kohlehilfen, die frei werden, sollten wir doch bitte für etwas anderes einsetzen. Warum haben Sie eigentlich dazu keinen Antrag gestellt?

(Dietmar Brockes [FDP]: Die wollen doch den Sockelbergbau!)

Vermutlich deshalb, weil Sie wissen, dass in den Jahren 2006 bis 2008 – hören Sie gut zu – rund 330 Millionen € in die Regionen geflossen sind, die vom Kohlerückzug betroffen sein werden.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Keine Steigerung! Jedes Jahr gleich viel! Das Abschmelzen ist nicht angekommen!)

Ich habe mit den Betroffenen Gespräche über die Folgen der verabredeten Zechenschließungen geführt. Wir führen im guten Einvernehmen laufend Gespräche darüber. Auch das scheint Sie zu stören.

Ich will zu den anderen mittelstandsrelevanten Programmen hier gar nichts vortragen. Sie tragen hier etwas vor, was Ihnen draußen sowieso keiner glaubt.

Zum Aspekt, die Aufträge mittelstandsfreundlich zu vergeben: Wer hat so viele Maßnahmen konkret umgesetzt, die es den Kommunen gestatten, verstärkt an regionale Akteure zu vergeben? Wer hat die Präqualifizierung gerade des mittelständischen Baugewerbes auf den Weg gebracht?

(Beifall von der CDU – Thomas Eiskirch [SPD]: Zur Tariftreue! Aber nicht zur Präqualifizierung! Den Vorschlag haben Sie abgelehnt!)

Statt dass Sie helfen, dass die Kommunen bei diesem Projekt mitmachen, weil es den Mittelstand erheblich entlastet, wenn er öffentliche Aufträge annimmt, quaken Sie hier rum. Entschuldigung!

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin. – Für die SPD spricht noch einmal Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Eigentlich wollte ich nur noch was zum Kollegen Wittke sagen, aber nun noch drei Sätze zu Ihnen, Frau Thoben.

Bei der Tariftreue haben Sie das Thema „Präzertifizierung durch ein Gütesiegel“ abgelehnt. Das haben Sie selbst in einem Halbsatz in einem Zeitungsinterview vorgeschlagen, aber danach nichts mehr davon wissen wollen. Ich halte das nach wie vor für den richtigen Weg, um Tariftreue unbürokratisch wieder einzuführen.

Zweitens zum Thema „Wachstum für Bochum“. Es ist keine Kritik am Inhalt, sondern an der Langatmigkeit des Prozesses, der dann aktiv einsetzt, wenn es für die Betroffenen schon später als fünf vor zwölf ist. Diese Kritik bleibt bestehen. Sie haben sie durch das, was Sie hier vorgetragen haben, nicht widerlegt, sondern untermauert, Frau Thoben, und dafür danke ich Ihnen recht herzlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kollege Wittke, zum Ruhrgebiet. Sie haben gerade erzählt, das Revier sei jetzt eine prosperierende Region und da gehe es seit der Amtsübernahme durch diese Landesregierung richtig nach vorne. Ich weiß nicht, ob Sie heute schon Zeitung gelesen haben. Haben Sie einmal in den „Ruhr2030 Index“ reingeguckt? – 100 % ist der Mittelwert des besten Drittels der europäischen und deutschen Vergleichsregionen.

Das Ruhrgebiet ist im Gesamtindex und insbesondere beim Thema „Mobile Spitzenregion“ – Sie waren ja mal Verkehrsminister hier in Nordrhein-Westfalen – in einem Jahr von 64 auf 44 % zurück-

gefallen. Bei den Staumeldungen ist es im negativen Sinne nach hinten gefallen, und zwar von 42 auf 28 %.

(Carina Gödecke [SPD]: Hört, hört!)

Und jetzt, Frau Thoben, zu den Umsatzanteilen mit Marktneuheiten – von wegen, Technologien gerade in solche Regionen neu zu bringen –: Auch hier ist das Ruhrgebiet von 57 auf 42 % zurückgefallen. Die Wirtschaftsleistung je Einwohner ist in einem Jahr von 85 auf 71 % zurückgefallen.

Ich mag die Region und die Menschen verdammt gut leiden. Die haben etwas Besseres verdient als diese Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Eiskirch. – Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum

Teilbereich Energie

Ich erteile Herrn Römer von der SPD das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind ja mittendrin in der Generaldebatte über den Einzelplan 08. Deshalb gleich zu Beginn – das gilt auch für die Energie- und Klimapolitik, Frau Thoben –: Der Befund am Ende Ihrer Regierungszeit ist vernichtend. Ich will nicht auf die vielen kleinen und großen Pleiten eingehen, die Sie in den letzten vier Jahren energie- und klimapolitisch zu verantworten haben; dafür reicht die Zeit auch überhaupt nicht aus. Ich will nur ein paar Überschriften nennen.

Der Ländervergleich des Bundesverbandes Erneuerbare Energie stellt fest: Nordrhein-Westfalen steht auf einem Abstiegsplatz bei den erneuerbaren Energien.

Beim Emissionshandel sitzt die Ministerin bis zuletzt auf einem toten Pferd und wundert sich, dass es gar nicht vorwärts geht. Nordrhein-Westfalen spielt bei den Verhandlungen in Berlin und Brüssel überhaupt keine Rolle.

Zum Kraftwerksbau in Nordrhein-Westfalen: Der BUND, Frau Thoben, wirft Ihnen Panikmache beim Kraftwerksbau vor.

Zu CCS, Abscheidung von Kohlendioxid, Speicherung von Kohlendioxid: CDU und CSU blockieren das Gesetz auf der Ziellinie im Deutschen Bundestag. Der Ministerpräsident schweigt. Der RWE-Vorstand legt jetzt das Projekt Hürth zu den Akten, eine Investition von mehr als 2 Milliarden €

Also, das Jahr 2009 hat schonungslos offengelegt, dass diese Regierung Rüttgers überhaupt nicht regieren kann. Ich will einmal an zwei Beispielen Schritt für Schritt erläutern, dass Nordrhein-Westfalen schlecht regiert wird.

Beispiel eins: Klimaschutz. Darüber hat am gestrigen späten Abend bereits mein Kollege André Stinka gesprochen. Ich will das noch einmal herausstellen. Der Umweltbericht 2009 für Nordrhein-Westfalen enthält auf Seite 355 eine Übersicht der Kohlendioxidemissionen. Mit Blick auf den Klimaschutz ist dies das zentrale Diagramm des Umweltberichtes. Es enthält die CO₂-Emissionen der Jahre 1998 bis 2007. Nur drei Zahlen: 2005: 282 Millionen t, 2006: 287 Millionen t, 2007: 290 Millionen t.

Die Emissionen, Frau Thoben, sind also von 2005 bis 2007 um 8 Millionen t gestiegen. Im Übrigen: Bis 2005 sind sie gesunken. Sie zeichnen dennoch eine fallende Linie. Sinkende CO₂-Emissionen wollen Sie suggerieren. Es gehe voran mit dem Klimaschutz; alles sei in Ordnung.

Ihr Diagramm stellt diesen Trend der letzten drei Jahre auf den Kopf. Die Regierung Rüttgers – das ist ja der Befund einer solchen Darstellung – versucht, den Menschen in Nordrhein-Westfalen vorzugaukeln, es gehe im Klimaschutz voran. Das hat mit der Realität, Frau Thoben, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie täuschen die Menschen.

(Frank Sichau [SPD]: Nicht nur da!)

Und um es klar zu sagen: Dem Klima ist es doch völlig egal, welche Linien Sie aufs Papier malen. Sie müssen handeln. Die schwarz-gelbe Landesregierung täuscht Erfolge vor, obwohl die Emissionen unter der schwarz-gelben Landesregierung ansteigen. Das ist keine seriöse Klimaschutzpolitik, sondern simulierter Klimaschutz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beispiel zwei: E.ON-Kraftwerk in Datteln. Wir haben schon oft über den Regierungsmurks der Regierung Rüttgers gesprochen, sprechen müssen.

(Frank Sichau [SPD]: Wie wahr!)

Das Oberverwaltungsgericht urteilt vernichtend über die Wirtschafts- und Industriekompetenz dieser Landesregierung. Die Regierung Rüttgers fügt dem Standort Nordrhein-Westfalen – Frau Thoben, Sie brauchen gar nicht wegzulaufen; das ist so – dauerhaften und irreparablen Schaden zu. Diese Landesregierung sorgt mit schwerwiegenden handwerklichen Fehlern, mit politischen Fehlentscheidungen und mit politischen Versäumnissen dafür, dass wichtige Industrieprojekte gefährdet werden und dass die Akzeptanz für industrielle Produktion ganz generell schwindet. Es spricht sich herum: CDU und FDP können nicht anständig regieren.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Die Regierung Rüttgers wird ein ums andere Mal von Gerichten zurückgepfiffen oder gestoppt. Wirtschaft und Gewerkschaften verzweifeln inzwischen angesichts von so viel Regierungsmurks, und unser Land nimmt Schaden.

Das allein wäre schon schlimm genug. Diese Regierung wird aber aus Schaden nicht klug. Sie versucht sogar – Herr Wittke ist dafür ein profundes Beispiel –, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Da wird im Zusammenhang mit dem E.ON-Kraftwerk behauptet, SPD und Grüne hätten den Standort Datteln bereits vorher für ein neues Kraftwerk genehmigt. Da wird der Stadt Datteln die Schuld in die Schuhe geschoben, obwohl sie sich an die Stellungnahmen des Landes gehalten hat. Da wird behauptet, das Gericht hätte fehlerhaft entschieden. Alles das dient dazu, vom eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dabei – Sie können das überhaupt nicht verhindern – kommt die Wahrheit um Datteln jetzt scheinbarweise ans Licht. Es geht um die Beteiligung des Landes im Verfahren. Hier helfen jetzt keine Ausreden mehr. Alles ist Wort für Wort dokumentiert. Ich zitiere aus dem Protokoll der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 30. September 2009. Dort hat Staatssekretär Baganz ausgeführt – Zitat –:

Ich möchte ausdrücklich auf Folgendes hinweisen: Die Landesregierung war in diesem Verfahren nicht beteiligt. Das hat uns selber überrascht, vor allen Dingen deswegen, weil das OVG mit großer Klarheit und Ausführlichkeit Stellung dazu genommen hat, worin es den Verstoß gegen landesplanerische Ziele gesehen hat ... Wenn man ein Urteil diesen Gewichtes auf eine Auslegung des Landesentwicklungsplans stützt und dabei mehrfach den Willen, den Wunsch und die Ziele des Landesplaners sozusagen zum Beleg nimmt, hätte es unserer Auffassung nach ... nahe gelegen, eben diesen Landesplaner im Verfahren noch einmal zu beteiligen und ihn zu fragen, was er mit dem LEP eigentlich gewollt hat. Das ist nicht geschehen. Wir sind nicht beteiligt worden. Deswegen können wir leider hier keine Rechtsbehelfe einlegen.

So weit das Zitat. Wieder einmal eine Schuldzuweisung: Das Gericht habe es versäumt, die Landesregierung zu beteiligen.

Ich bin meinem Kollegen Stinka dankbar dafür, dass er da nachgehakt hat. Die Antwort der Landesregierung können Sie in Drucksache 14/10076 nachlesen. Der Innenminister stellt den Ablauf wie folgt dar – Zitat –:

Die Antragschrift vom 17.10.2007 ... hat der Völ

– der Vertreter des öffentlichen Interesses –

dem Fachressort (Ministerium für Bauen und Verkehr) zugeleitet. ... die Durchsicht der Antragschrift [ergab] keine Anhaltspunkte für eine Einschaltung des Völ.

Herr Wittke, weil Sie immer so lautstark mit Fingern auf die Opposition zeigen, will ich Ihnen nur sagen: Damals waren Sie noch im Amt.

(Frank Sichau [SPD]: Hört, hört!)

Damals haben Sie nach Durchsicht der Antragschrift keine Anhaltspunkte für die Einschaltung des Völ gesehen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Und dann das Gericht beschimpfen!)

Jetzt stellen Sie sich hierhin, zeigen mit Fingern auf die Opposition und wollen uns die Schuld für Ihre Versäumnisse in die Schuhe schieben. Ich halte das für schamlos. Sie sollten sich wirklich entschuldigen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit diesem Zitat ist klar:

Erstens. Das OVG hat nichts versäumt. Die Landesregierung wurde beteiligt.

Zweitens. Die Landesregierung hat von sich aus darauf verzichtet, sich in das Verfahren einzubringen.

Drittens. Der Landesplaner hätte in der mündlichen Verhandlung erläutern können, was er mit dem LEP eigentlich gewollt hat. Die Landesregierung hat hierauf verzichtet.

Viertens. Die Landesregierung hat sich selbst der Möglichkeit beraubt, Rechtsbehelfe einzulegen.

Fünftens. Die Landesregierung hätte bereits sehr früh eine sachgerechte Anpassung des Landesplanungsrechts vornehmen können, anstatt jetzt im Hauruckverfahren am LEPro herumzumanipulieren.

Das ist der Befund in dieser Angelegenheit. Daran beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit ist aber auch klar: Staatssekretär Baganz hat den Wirtschaftsausschuss am 30. September 2009 in jeder Hinsicht falsch informiert – in jeder Hinsicht.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Frau Thoben, das fällt in Ihre Verantwortung. Sie haben ganz offensichtlich Ihr Haus überhaupt nicht in Ordnung. Sie führen es nicht ordentlich. Wir werden es aber nicht zulassen, wenn Sie die Öffentlichkeit weiter darüber täuschen wollen, Frau Thoben. Das wird noch ein Nachspiel haben. Wenn Ihr Staatssekretär schon keine Hemmungen hat, den Wirtschaftsausschuss und die Öffentlichkeit falsch zu informieren, sollten Sie ihn doch bitte einmal an sein christliches Verantwortungsbewusstsein erin-

nern. Sie führen ja das C im Namen ihrer Partei wie eine Monstranz vor sich her.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich will Ihnen dazu einen Hinweis geben. Es gibt eine gute Gelegenheit, das zu tun. Man kann nämlich auf die Zehn Gebote hinweisen, und zwar auf das achte im katholischen und im evangelischen Katechismus oder auf das neunte in der Heiligen Schrift. Dort heißt es: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. – Also auf Deutsch: Du sollst nicht lügen. – Auch das sollten Sie Ihrem Staatssekretär sagen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat eine bessere Politik verdient. Nordrhein-Westfalen kann es auch besser. Das können wir im Einzelnen noch ausführen. Keine der vorhandenen Chancen hat Schwarz-Gelb genutzt. Das muss eine neue Landesregierung schaffen. Wir sind dazu bereit. – Vielen Dank fürs Zuhören, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Römer. – Für die CDU spricht nun der Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Römer, wenn ich Ihre Ausführungen höre,

(Frank Sichau [SPD]: Alles richtig!)

erinnern Sie mich an einen salbungsvollen Wanderprediger, der ganz genau weiß, wie die Dinge zu laufen haben. Wenn Ihre Vorwürfe gegenüber der Landesregierung in Sachen Klimaschutz nur ansatzweise richtig sind, dann wundere ich mich, dass die Problem überhaupt da sind. Sie hatten doch lange Zeit, sie zu lösen. Sie hatten lange genug Zeit, für CO₂-Minderung zu sorgen. Sie haben überhaupt nichts getan. Diese Landesregierung ist die erste, die überhaupt etwas tut. Sie haben es nicht getan.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Weisbrich, jetzt haben Sie aber nicht richtig gelesen!)

Wenn Sie sagen, CO₂ sei in der Luft, das sei alles ganz furchtbar, dann gebe ich Ihnen Recht. Das ist nicht sehr angenehm. Das können Sie aber nicht von Nordrhein-Westfalen aus alleine und isoliert lösen.

(Frank Sichau [SPD]: Wer sagt das denn?)

Die Luft hat doch keine Grenzen. Sie behaupten, die CO₂-Emissionen seien von 2005 bis 2006 gestiegen.

(Norbert Römer [SPD]: Nicht wir, der Umweltminister! – Zuruf von der SPD: Im Umweltbericht!)

– Das mag auch im Umweltbericht stehen. Nur, Kollege Römer, woran liegt das denn? Die Wirtschaft hat in diesem Zeitraum gewaltig angezogen. Wenn Sie die letzten Zahlen aus diesem Jahr lesen,

(Norbert Römer [SPD]: Warum machen Sie eine fallende Linie?)

dann können Sie, oh Wunder, eine drastische Reduzierung der CO₂-Emission feststellen, weil die Wirtschaftsentwicklung nach unten gegangen ist. Bringen Sie diese Dinge nicht durcheinander! Im Übrigen sollten wir nicht in einem Wolkenkuckuckshaus herumschwirren. Wir sollten uns auf das konzentrieren, was im Land Nordrhein-Westfalen und im Wirtschaftshaushalt tatsächlich anliegt. Diese Globaldebatten und Generalabrechnungen können Sie lassen; das finde ich nicht in Ordnung.

Wissen Sie, worunter der Wirtschaftshaushalt dieses Landes seit Jahrzehnten leidet? Er leidet daran, dass Steinkohlesubventionen den Löwenanteil auffressen.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Bei einem Gesamtvolumen von 930 Millionen € sind alleine 492 Millionen € für die Subventionierung der nicht wettbewerbsfähigen Steinkohle vorgesehen. Das sind Erblasten, die wir haben. Das ist ein extrem kostspieliges Hobby, das uns die Sozialdemokraten hinterlassen haben.

(Frank Sichau [SPD]: Das haben Sie doch mitgetragen!)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, ...

Christian Weisbrich (CDU): Da bleibt dann für den Aufbruch zu neuen Ufern in der Energiepolitik finanziell wirklich nicht mehr viel übrig.

Daran lässt sich, Herr Kollege Römer, auch bis 2013 nichts ändern, denn erst dann greift der Ausstiegsbeschluss, den CDU und FDP gefasst haben. Das ist die sozialdemokratische Erblast, die endlich abgeräumt werden muss.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Gab es da nicht mal einen Konsens, Herr Kollege?)

Wir werden es schaffen, dass wir aussteigen, dass wir dann nicht mehr bezahlen müssen. Aber der Schuldenstand wird uns noch über Generationen verfolgen. Dadurch haben Sie das Land buchstäblich ruiniert.

(Beifall von der CDU)

Sie haben für Ihre verfehlte Steinkohlesubventionspolitik die Ressourcen des ganzen

Landes aufgesaugt und in ein schwarzes Loch geschüttet. Das müssen Sie verantworten.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Stinka.

Christian Weisbrich (CDU): Meine Damen und Herren, wer eine derartige Multi-Milliarden-Geldverschwendung zu verantworten hat, der hat überhaupt kein Recht, von uns hier und heute noch mehr Geld für neue Energieprojekte zu fordern. Das gilt für die Sozialdemokraten, Kollege Römer, die ihre sinnlosen Kohlesubventionen am liebsten in alle Ewigkeit fortsetzen würden. Gerade Sie lassen keine Gelegenheit aus, zu sagen: Weitermachen, weitermachen, noch mehr Kohlesubventionen!

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist Realitätsverweigerung, was Sie da machen!)

Es ist nicht mehr rational nachvollziehbar, was Sie da treiben. Das gilt aber auch für die energiepolitisch ansonsten auch so klugen Grünen, die, Kollege Priggen – das werden Sie selber zugeben –, leider nicht klug genug waren, um ihren sozialdemokratischen Partnern den Subventionsunfug beizeiten auszureden.

(Frank Sichau [SPD]: Und Sie waren nie dabei als CDU?)

An diesem Befund ändert auch die Tatsache nichts, dass wir wegen veränderter Kosten-Preis-Relation im Jahre 2010 rund 64 Millionen € weniger zum Fenster hinauswerfen müssen als ursprünglich vorgesehen. Es bleiben immer noch 428 Millionen € übrig, die wir nicht haben und die wir als Kredit aufnehmen müssen, Kollege Römer. Vor diesem Hintergrund kann der Schwerpunkt der Energie- und Klimapolitik der Landesregierung nicht im investiven Bereich liegen.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist versprochen worden!)

Das Regierungshandeln muss sich – und das tut es auch – auf die Stimulierung privater Investitionen konzentrieren. Diesem Ziel dient insbesondere das Programm Rationelle Energienutzung, Regenerativen Energien und Energiesparen, kurz „progres.nrw“.

(Svenja Schulze [SPD]: Das Sie gekürzt haben!)

Zentrale Bausteine dieses Programms sind Innovation, Markteinführung und Energiekonzepte. Die Förderung erfolgt überwiegend aus Mitteln des NRW-EU-Ziel-2-Programms mit einem vorgeschalteten Förderwettbewerb, der unter anderem das Ziel hat, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen und den Wissenstransfer aus der Forschung in die Industrie zu beschleunigen. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit.

In ihrer Energie- und Klimaschutzstrategie hat die Landesregierung konkrete Maßnahmen benannt, mit denen Nordrhein-Westfalen einen Beitrag zur Erreichung der energie- und Klimaschutzpolitischen Zielsetzungen leistet. Ein Beispiel dafür ist das Leitprojekt „Hydrogen Highway NRW“ im Bereich der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnikentwicklung. Von Aachen bis ins nördliche Ruhrgebiet werden mehr als 40 Einzelprojekte mit einem Investitionsvolumen von circa 200 Millionen € realisiert, aber nicht ausschließlich mit Staatsgeld, sondern auch durch sehr viel privates Geld.

Mit dieser Technologie ist NRW weltweit ganz vorne dabei. Andere Themenschwerpunkte sind Kraftwerke und Netze, Kraftstoffe und Antriebe der Zukunft, Photovoltaik, Biomasse, energieeffizientes und solares Bauen sowie Geothermie.

Meine Damen und Herren, Oberziel ist es, das technisch Mögliche auszuloten und wegzukommen von rot-grüner Scheuklappenideologie, die immer gleich ganz genau weiß, wo die Reise technisch langgeht, und die alles verdammt, was ihr nicht in den Kram passt. Es geht mir gewaltig auf den Geist, dass Sie immer genau wissen, was Sie den Menschen vorschreiben müssen, und überhaupt keinen Sinn haben für ergebnisoffene Forschung, die wirklich Innovation und Fortschritt bringt.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Ein aus progres-Mitteln finanziertes Monitoring soll die konsequente Umsetzung aller Maßnahmen der Energie- und Klimaschutzstrategie begleiten und evaluieren. Monitoring der Maßnahmen, die man einleitet, ist auch etwas, was Sie sich hinter die Ohren schreiben sollten. Wenn Sie einmal auf einem Pfad sind – und sei es noch so eine Sackgasse –, schmeißen Sie Geld zentnerweise hinein. Ich erinnere nur an die Diskussion um das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Da hatten Sie überhaupt keine Skrupel.

Wir evaluieren alle Maßnahmen, die eingeleitet sind. Wir wollen die Maßnahmen hinsichtlich ihrer Effizienz untersuchen, gegebenenfalls modifizieren und durch weitergehende Ansätze ersetzen und ergänzen, wenn es notwendig sein sollte.

Die Umsetzung der Maßnahmen der Energie- und Klimaschutzstrategie erfolgt zu einem großen Teil durch die EnergieAgentur.NRW, die auch mit dem Management der Cluster Energiewirtschaft und Energieforschung beauftragt ist und die – das werden selbst Sie zugeben – bundesweit mittlerweile einen exzellenten Ruf genießt.

Zahlreiche durch progres geförderte Aktivitäten zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und zum Energiesparen im privaten Bereich basieren auf dem Förderbaustein Markteinführung. Beispielfähig nenne ich die Aktionen „NRW spart Energie“ und „Mein Haus spart“, die Energiechecks für kleine

und mittlere Unternehmen sowie den Gebäude- und Energiecheck für private Haushalte.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, mit dem intelligenten Einsatz begrenzter Mittel kann man auch große Erfolge erzielen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Weisbrich. – Als nächster Redner erhält Herr Brockes von der FDP-Fraktion das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Energiepolitik ist mit einer der wichtigsten Bereiche der Wirtschaftspolitik. Eine preiswerte und sichere Versorgung mit Strom ist einer der wichtigsten Faktoren, um im internationalen Wettbewerb von Standorten zu bestehen.

Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von einer Sicherheit bei der Energieversorgung, die beispiellos ist. Wir sind es eben gewohnt, dass Elektrizität immer dann zur Verfügung steht, wenn wir gerade den Schalter umlegen. Die Versorgungssicherheit ist für die meisten Menschen selbstverständlich geworden. Aber gerade die Zuverlässigkeit der Versorgung, der Ausbau der Netze und die ständige Erneuerung aller Arten der Energieerzeugung müssen gesichert erfolgen. Dies müssen wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, wenn es um Planungen einzelner Projekte geht.

Auf dem Weg in die Zukunft muss die Energieversorgung umgebaut werden, um den wichtigen Zielen Kosteneffizienz, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit weiter Rechnung zu tragen. Die Herausforderungen für den zukunftsfesten Umbau der Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen sind enorm. Dieser Wandel lässt sich nur mit einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik gestalten, die für Investitionen einen stabilen Rahmen liefert, meine Damen und Herren.

Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir die gerade genannten Ziele nur erreichen, wenn wir die Energieversorgung auf möglichst viele Füße stellen und gleichzeitig die Energieeffizienz steigern. Wir brauchen einen vernünftigen Energiemix. In einem solchen Energiemix müssen alle verfügbaren Energieträger ihren Beitrag leisten:

Wir brauchen die Braunkohle als Stützpfeiler in der Grundlast. Außerdem ist die Braunkohle unser einziger heimischer wettbewerbsfähiger Energieträger. Natürlich müssen die Braunkohlekraftwerke effizienter und sauberer werden.

Auch muss natürlich erforscht werden, ob Abscheidung und Speicherung von CO₂ bei der Verstromung von Braunkohle wirtschaftlich möglich sind. Dazu brauchen wir dringend das CCS-Gesetz. Ich bin zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung

dieses bald auf den Weg bringen wird, wozu SPD und CDU in der alten Koalition nicht in der Lage waren.

Wir brauchen neue, hochmoderne Steinkohlekraftwerke.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

50 % der Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen sind älter als 31 Jahre, 20 % sogar älter als 40 Jahre. Allein das zeigt den Erneuerungsbedarf, den unser Kraftwerkspark hat. Diese Anlagen müssen vom Netz gehen, und das geht eben nicht ohne einen entsprechenden Ersatz, wenn man die Versorgungssicherheit nicht gefährden will.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch erneuerbare Energien. Langfristig werden erneuerbare Energien einen immer größeren Teil der Stromversorgung leisten müssen. Deshalb ist es wichtig, diese schnellstmöglich an die Wirtschaftlichkeit heranzuführen. Die eigene Vermarktung von erneuerbarem Strom außerhalb des EEG wird von der neuen Bundesregierung angestrebt.

(Zuruf von der SPD: Wissen Sie das schon?)

Dies ist ein wichtiger Schritt in die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren.

Neben der Anwendung brauchen wir vor allem auch Forschung, insbesondere betreffend Speichertechnologien. Dort setzt Nordrhein-Westfalen einen weiteren Schwerpunkt.

Auch die Kernenergie werden wir als klimaneutrale Grundlastversorgung noch eine Weile benötigen.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Gaskraftwerke brauchen wir, um Spitzen, die gerade durch die Erneuerbaren entstehen, abzufangen. Dabei müssen neue Ideen und Technologien wie die virtuelle Verknüpfung von Blockheizkraftwerken, wie es zum Beispiel VW und LichtBlick planen, zum Einsatz kommen. Dafür gibt es sicherlich einen Markt.

Wie gesagt: Alle Erzeugungsarten müssen in einem Mix ihren Beitrag für eine sichere und saubere Versorgung leisten.

Darüber hinaus müssen immense Investitionen in den Ausbau der Netze geleistet werden. Immer mehr Strom insbesondere aus dem Norden muss durchgeleitet werden. Dies geht Hand in Hand mit dem Umbau zu intelligenten Netzen. Dies kann die komplizierter werdenden Regelungen des Stromnetzes vereinfachen und erheblich zur Energieeffizienz beitragen.

Intelligente Stromzähler sollen bald den Haushalt danach ausrichten, wann am besten Strom verbraucht werden kann. Dort müssen wir noch weiter vorangehen. Meine Damen und Herren, jede nicht verbrauchte Kilowattstunde hilft, den Geldbeutel und das Klima zu schonen.

Auch im Bereich der Elektromobilität, der mit den entstehenden Speicherkapazitäten in Verbindung mit den intelligenten Stromnetzen als Puffer für Wind- oder Solarenergie dienen kann, hat die Landesregierung einen Schwerpunkt gesetzt. Mit der erfolgreichen Bewerbung zur Modellregion für Elektromobilität werden erhebliche Investitionen vor allem in die gezielte Forschung getätigt. Dort geht Nordrhein-Westfalen voran. Damit erschließen wir ein Zukunftsfeld, das insbesondere für die Speicherfrage wichtig werden dürfte.

Sie sehen, wir setzen auf einen wirtschaftlich vertretbaren und ideologiefreien Umgang mit allen Energieträgern.

(Beifall von der FDP – Lachen von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer es glaubt, wird selig!)

Wir können das umso schneller tun, wenn wir nicht gerade im Energiehaushalt durch die immer noch erheblichen Subventionen in den Steinkohlebergbau behindert würden. Fast eine halbe Milliarde € fließt auch im nächsten Jahr aus dem Landeshaushalt in die Subventionierung des Bergbaus. Gut, dass wir das für die Zukunft sozialverträglich beenden.

Aber bei der Opposition, vor allem bei der SPD, frage ich mich dann schon, wo die Konzepte sind, Herr Kollege Römer. Wo ist Ihre Idee für eine Zukunftsausrichtung der Energieversorgung? Sie wollen doch weiterhin am Bergbau festhalten, oder? Ist das, Herr Kollege Römer, die einzige Vorstellung, die Sie zur Energiepolitik haben?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Haben Sie nicht gelesen, was wir alles dazu sagen?)

Meine Damen und Herren, ansonsten kritisieren Sie, was wir tun, ohne einen eigenen Entwurf dagegen zu setzen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Haben Sie etwas vom Ölwechsel gelesen?)

– Das ist primitiv, Herr Kollege Eiskirch, aber dafür kennen wir Sie ja.

Meine Damen und Herren, die Grünen hingegen haben ein Konzept. Das muss man offen und ehrlich sagen. Sie haben das Konzept: 100 % erneuerbare Energien, koste es, was es wolle.

Herr Kollege Priggen, da unterscheiden wir uns, und das ist auch gut so. Denn wir haben nicht nur die Umweltverträglichkeit, sondern auch die Wirtschaftlichkeit im Blick. Unser Weg führt dahin, dass der Strom auch in Zukunft noch sowohl für die Unternehmen als auch gerade für kinderreiche Familien weiterhin bezahlbar bleibt.

(Beifall von der FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Das ist bei Ihnen Atomkraft!)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum CO₂-Ausstoß: Es ist nicht wahr, dass der CO₂-Ausstoß durch neue moderne Kohlekraftwerke gesteigert wird. Durch den Emissionshandel sind die Ausstoßmengen europaweit festgelegt. Das ist ein knallharter Verdrängungswettbewerb. Wenn ein neues Kraftwerk ans Netz geht, dann muss das Unternehmen die entsprechenden Ausstoßzertifikate zur Verfügung haben. Meine Damen und Herren, somit verdrängt ein effizientes modernes Kraftwerk alte ineffiziente Kraftwerke vom Markt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sie waren doch dagegen! Das wollten Sie doch gar nicht!)

– Der Kraftwerkspark, Herr Kollege Eiskirch, wird also sukzessive verjüngt. Der Gesamtausstoß auf europäischer Ebene wird dadurch aber nicht erhöht.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Mit dem Gegenteil haben Sie begründet, warum Sie das nicht wollten!)

Wenn Sie also den Menschen die Klimaproblematik erklären, Herr Kollege Priggen, dann bitte richtig.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg, was die Energieversorgung angeht. Wir gehen in eine hochmoderne Zukunft. Wir werden unsere weltweite Technologieführerschaft auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnologie, aber auch bei den Erneuerbaren und der Elektromobilität zum Wohle der Menschen und des Klimas weiter voranbringen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Thomas Eiskirch [SPD]: Wer ist die Schönste im ganzen Land?)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Jetzt ist der Platz frei für Herrn Priggen von der Fraktion Die Grünen. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man – jetzt ist die Gelegenheit dafür – eine Bilanz über fünf Jahre Energiepolitik der CDU-/FDP-Landesregierung zieht, dann muss ich sagen: Es sind fünf verlorene Jahre – für die Gebäudesanierung, für die Kraft-Wärme-Kopplung, für die erneuerbaren Energien. Das ist bitter.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nach 39 Jahren SPD-Regierung, nach zehn Jahren Rot-Grün habe ich es völlig akzeptiert – das ist ein Stück weit demokratische Kultur –, dass es einen Wechsel gab; das ist von den Wählerinnen und Wählern so entschieden worden. Ich habe aber nicht gedacht, dass Sie in der Energiepolitik so schlecht werden, wie Sie jetzt tatsächlich sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zwei Thermen haben die letzten viereinhalb Jahre dominiert:

Zu Beginn der Legislaturperiode war es die Steinkohle; das ist völlig richtig. Dort hat es Differenzen gegeben. Die SPD hatte eine andere Position zur Beendigung der Steinkohleförderung als die anderen drei Fraktionen. – Aber, Herr Kollege Weisbrich, Sie waren bis jetzt immer ehrlich in der Frage. Man muss ehrlich sein. Das, was uns die Kohle kostet, ist von 1997 bis Dezember 2005, bis in diese Legislatur hinein, Produkt eines Konsenses der Bundestagsfraktionen aller vier Parteien gewesen,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

angeführt von Bundeskanzler Kohl. Die FDP hat das – ich weiß, dass sie sich immer aus der Verantwortung stiehlt –

(Ralf Witzel [FDP]: Die Zeiten ändern sich!)

unter Bundeswirtschaftsminister Rexroth mit unterschrieben.

(Thomas Eiskirch [SPD]: So ist das!)

Wenn man solch ein Kind zeugt, muss man auch die Alimente zahlen. Dann kann man sich nicht irgendwann hinausstellen und sagen: Das ist eine Erblast der Kollegen von der anderen Seite.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass die SPD in der Fortsetzung etwas anderes wollte, wissen wir. Aber das, was bis Dezember 2012 eingestielt wurde, geschah im Konsens, sogar inklusive der FDP. Es geht um das Privileg für den Bergbau – das weder die Quelle-Arbeiterinnen noch die Opel-Belegschaft haben –, nämlich den sozialverträglichen Ausstieg mit Frühverrentung. Dass das eine sehr hohe Hypothek ist, die nur langsam abgearbeitet wird, ist eine Folge dessen.

Bemerkenswert ist: Auch die neue Bundesregierung geht nicht noch mal an die Kohlevereinbarung heran. Wir wissen alle, dass es früher als 2018 ginge. Aber die neue Bundesregierung sagt aus Rücksicht – so kann ich es nur verstehen – auf die IG BCE –: Der Vertrag ist abgeschlossen, er wird jetzt so gehalten.

Ich will nur sagen: Lassen Sie uns ehrlich bleiben. Wir haben unterschiedliche Auffassungen zur Fortsetzung der Steinkohlesubventionen. Ich glaube auch, das ist vorbei. Es wird jetzt Zug um Zug so weitergehen, es wird sich sogar etwas beschleunigen. Aber die Verantwortung dafür haben mehr als nur die SPD; die haben, wenn wir ehrlich sind, alle. – Strich darunter. Das war das erste Thema.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Seit 2007, also in dieser Legislatur, dominiert als zweites Thema – das wird sich die nächsten Jahrzehnte durchziehen – der Klimaschutz. Wir stehen wenige Tage vor der Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Es war doch bemerkenswert: Wir haben eine neue Bundesregierung. Man guckt dann ganz

genau: Wofür steht sie? Angela Merkel – mit den Zielen kann ich manchmal noch ganz gut arbeiten – zusammen mit Guido Westerwelle war für mich energiepolitisch immer das Schlimmste, was an Regierung kommen konnte.

Dann sehe ich mir die Ziele an: 40 % CO₂-Reduktion jetzt nicht mehr als konditionierte Option, wenn die anderen in Europa mitmachen, vereinbart, sondern als Ziel der Regierung. Die Bundeskanzlerin hat in L'Aquila im Sommer dieses Jahres gesagt: 80 % Reduktion bis 2050 sind notwendig. Die Klimawissenschaftler sagen uns: Wir müssen noch mehr schaffen. Das heißt aber, es endet nicht 2020, sondern es wird Dekade für Dekade weitergehen, und die alte Philosophie der Kraftwerksstruktur wird sich radikal ändern.

Das werfe ich Ihnen vor, Herr Kollege Weisbrich. Sie müssten einen Plan machen, der auch 2030, 2040, die Zwischentappen, berücksichtigt. Dann sind nicht mehr alte Kraftwerksblöcke – 2.400 MW in der Braunkohle, 33 % Wirkungsgrad, zwei Drittel der Energie werden sinnlos verschwendet – die Philosophie, sondern die Grundstruktur der Energieversorgung wird sich Zug um Zug hin zu einer dezentralen Versorgung, die mit modernsten intelligenten Kommunikationstechniken vernetzt ist, entwickeln. Sie wird ganz anders aussehen als das, was wir haben.

Nordrhein-Westfalen war immer stark in der Kraftwerkskompetenz, ausgelöst durch unsere Vorräte an Stein- und Braunkohle. Wenn sich aber die zukünftige Energieversorgung Dekade für Dekade ändert, in eine andere Richtung geht, dann sind wir außerordentlich gefordert, uns auf diese Veränderung einzustellen und dafür zu sorgen, dass die neuen, kommenden Märkte hier Arbeitsplätze erzeugen.

Jetzt hat die Bundesregierung – nicht Jürgen Trittin und das grüne Zentralkomitee – gesagt: 30 % Erneuerbare in zehn Jahren. Dann sind die Erneuerbaren Primärenergieträger Nummer eins. – Ich weiß noch, wie wir ausgelacht worden sind: Die Grünen mit ihren spinnerten Windrädchen und Fotovoltaik. Maximal 4 %, ist vor zehn Jahren noch gesagt worden. Jetzt sagt Angela Merkel, unterstützt von Guido Westerwelle: Das wird in zehn Jahren der Primärenergieträger Nummer eins in Deutschland und in den weiteren Dekaden ausgebaut. Ich habe es sogar eben von Herrn Brockes zum ersten Mal gehört: Nicht mehr die additiven Energien, sondern die erneuerbaren werden Zug um Zug ausgebaut. Das ist ein Kurswechsel bei Herrn Brockes.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Als konkretes Beispiel nenne ich die Allianz von Volkswagen und LichtBlick, um ein 2.000 MW starkes Gaskraftwerk dezentral an 100.000 Standorten zu bauen. Das ist nur durch modernste Kommunikationstechniken möglich.

Wieso müssen das ein Stromversorger aus Hamburg und ein Autokonzern aus Wolfsburg machen? Wieso macht das nicht Ford aus Köln mit den Stadtwerken Köln oder Opel in Bochum mit den dortigen Stadtwerken? Wieso kommen solche Energien nicht aus Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kollege Weisbrich, ich will Ihnen sagen, warum das so ist: weil bei uns immer noch in Großkraftwerksstrukturen gedacht wird, die man bedingungslos unterstützt. Deswegen kommen wir an dieser Stelle nicht weiter.

Wenn sich die Kraftwerksstruktur und die Stromerzeugung verändern, werden doch nicht alle darauf warten, ob aus der Kernkompetenz Nordrhein-Westfalens neue Ideen kommen. Um uns herum sind lauter kleine und große Krokodile, die diesen Teil des Marktes, den wir freiwillig abgeben, gerne nehmen.

Wir waren mit dem Wirtschaftsausschuss in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und Sachsen. Die warten doch alle nur darauf und nehmen die Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien mit Kusshand.

Wenn ich mir die Fünfjahresbilanz hier anschau, erinnere ich mich an das berühmte Zitat von Herrn Wittke am Anfang: Windkraft, das ist das Erste, was wir kaputt machen. – Hinzu kommen all die Äußerungen von Herrn Papke in einem sektenähnlichen Sprachgebrauch, nach dem Windkraft als Windindustriemonster bezeichnet wird. Das hat sich doch durchgezogen.

Und es geht nicht nur um die eine Technik. Diese Arbeitsplätze gehen an andere. Allerdings sind wir, auch wenn wir da keine Kernkompetenz haben, noch stark in Zulieferbereichen, die jedoch eventuell ebenfalls Zug um Zug abnehmen. Die Gießtechnik wandert nach Ostfriesland ab. Getriebe sind nicht mehr unbedingt das, was auf Dauer in den Anlagen gefragt sein wird. Wir verlieren also die Märkte. Deshalb ist das schwierig.

Folgendes verstehe ich überhaupt nicht: Es gibt einen Konsens in der Sache bei der Kraft-Wärme-Kopplung, dem Sinnvollsten, was es bei der Stromerzeugung gibt. Absurd ist doch, dass wir das Ruhrgebiet mit Kondensationskraftwerken bestücken. Zwei Drittel der Energie gehen verloren, und dafür beheizen wir es „innen drinnen“ mit importiertem russischem Gas.

Was macht die Landesregierung – deshalb spreche ich von fünf verlorenen Jahren -? Zunächst gibt es ein Gutachten des Wuppertal Instituts zu den Einsatzmöglichkeiten der KWK im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Dieses Gutachten bekommen wir aber nicht. Es verschwindet im Geheimschrank und wird den Abgeordneten nicht zur

Verfügung gestellt, weil die Ergebnisse für die Regierung so kritisch sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Frank Sichau [SPD]: Geben Sie das doch heraus!)

Ich finde es unsäglich, um das klar zu sagen, dass uns die Regierung das Gutachten nicht gibt, das mit öffentlichen Mitteln bezahlt worden ist. Dass uns die Regierung das Gutachten nicht gibt, bevor sie es nicht selber ausgewertet hat, akzeptiere ich; das ist Regierungshandeln. Aber weil Sie es auch danach nicht dem Parlament zur Verfügung stellen, frage ich mich: Welche Begründung gibt es dafür?

(Frank Sichau [SPD]: Keine!)

Anschließend gibt es eine Arbeitsgruppe mit E.ON und RWE, um im Land Wärmesenken auf der Grundlage eines Gutachtens zu suchen, das in der nächsten Legislaturperiode kommt. Das sind fünf verlorene Jahre.

Man muss sich in Nordrhein-Westfalen doch nur umschauen:

Die Stadtwerke von Lemgo haben 73 % an KWK-Strom zu Wärmepreisen, die absolut wirtschaftlich akzeptabel sind, und 100 % der Gewerbe- und Industriekunden. Es gibt keine Verluste an Kunden. Beim Strom haben sie 5 % der Privatkunden an die Billiganbieter verloren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das heißt also: Das geht in Nordrhein-Westfalen. Lemgo ist nicht an der Arbeitsgruppe beteiligt. Die holt man sich nicht. Aber die Vertreter der Braunkohle mit ihren lächerlichen 50 MW Auskopplung nach Aachen holt man sich,

(Beifall von den GRÜNEN)

wo an diesem Standort 6.000 MW ungenutzt in die Umgebung gehen.

Die Strategie ist klar: Die beiden großen Energieversorger wollen KWK natürlich nicht, um das ganz klar zu sagen. Kraft-Wärme-Kopplung – das zeigen die Stadtwerke Lemgo – bedeutet Häuserkampf, Auseinandersetzung, Ringen um jeden Hausbesitzer und Überzeugungsarbeit. Wenn er dann gewonnen ist, ist er ein dauerhafter, guter und vertraglicher Kunde. Vorher ist das harte Arbeit. Hier gibt es keine Rendite von 15 %, sondern man muss bescheidener sein.

(Beifall von der SPD)

Für die Großen bedeutet KWK im Häuserkampf nichts anderes, als Kopfläuse zu haben.

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Wir machen ihnen den Weg frei für ihre Kraftwerksorgien mit mehreren Tausend Megawatt, anstatt auf eine umweltverträgliche KWK-Erzeugung zu setzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich fordere ja gar nicht als Erstes die erneuerbaren Energien. Als Erstes fordere ich die Gebäudesanierung, dann die Kraft-Wärme-Kopplung und dann die erneuerbaren Energien. Aber diese Landesregierung hat in allen Bereichen in fünf Jahren eine extrem enttäuschende Bilanz hingelegt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann kommt uns die Landesregierung mit CCS. Das ist das nächste Ewigkeitsversprechen. Die eine Pipeline könnte gerade einmal 8 oder 9 Millionen t zur CO₂-Sequestrierung nach Schleswig-Holstein schaffen. Wir brauchen alleine neun Pipelines für die Braunkohle. Bei der Braunkohle fallen alle vier Tage 1 Million t CO₂ an. Wir könnten alle vier Tage nur aus der nordrhein-westfälischen Braunkohle 1 Million t in die Erde unter Schleswig-Holstein pumpen. Wir wissen, was wir an Bergschäden bei uns haben. Es darf doch niemand glauben, dass es dann keine Probleme gibt und der Untergrund nicht ohne Bergschäden reagiert.

RWE hat die Investition für das Projekt gestoppt, weil nur Jänschwalde von der EU als Projekt mit 180 Millionen € bezuschusst wird. Ich finde es richtig, dass das erforscht wird, weil wir es vielleicht noch dringend für unvermeidliche Emissionen aus der Stahlerzeugung, der Zementindustrie, der Aluminiumindustrie, der chemischen Industrie und der Landwirtschaft brauchen werden. Aber um die Braunkohle zu perpetuieren, ist es ungeeignet und wird scheitern. Die anderen Bereiche, bei denen es notwendig wäre, werden nicht gefördert. Das ist die bedauerliche blamable Bilanz der Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Nun hat die Wirtschaftsministerin Frau Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung begrüße ich ausdrücklich. Ich teile die Ansicht, dass der Klimaschutz eine weltweit herausragende umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit ist und sich zugleich als Wettbewerbsmotor für neue Technologien erweist.

Mit ihrer Koalitionsvereinbarung strebt die neue Bundesregierung eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik an.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nichts anderes als leere Formeln!)

Dazu gehören der Ausbau der erneuerbaren Energien durch ein Erneuerbare-Energie-Gesetz, das allerdings die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen

Technologien wahr, die Steigerung der Energieeffizienz, die den sukzessiven Ersatz der konventionellen Energieträger voranbringt, die Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie und der Bau von hocheffizienten Kohlekraftwerken. Denn moderne, hocheffiziente Technik senkt die Kosten und schont die Umwelt.

Wir sollten allerdings hinzufügen – das ging mir bei der SPD-Fraktion eben ein bisschen durcheinander –, dass die CO₂-Belastung, der Ausstoß, mit wirtschaftlichen Boomphasen und Rezessionsphasen steigt und fällt; das könnten Sie doch wissen.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau das müssen wir entkoppeln!)

Das ist die Darstellung, die in den Umweltbericht aufgenommen worden ist. Ich finde es wichtig, diese Dinge von den anderen Überlegungen zu unterscheiden.

Außerdem möchten wir eine konzentrierte, technologieoffene und nachhaltige Energieforschung als Schlüssel auf dem Weg zur zukünftigen Energieversorgung. Gehen Sie davon aus, dass wir uns für Rahmenbedingungen, welche die dezentrale Energieversorgung noch mehr erleichtern, sehr stark machen werden.

Und, Herr Priggen, Sie haben doch eben zu Recht gesagt, dass man bei uns Kraft-Wärme-Kopplung-Kraftwerke bauen kann. Sie werden sich aber an das aktuelle Beispiel in Krefeld erinnern können. Was haben wir da gebraucht, um die Zustimmung zu einem Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung, das für einen daneben liegenden Chemiepark wichtig ist, zu bekommen? Da ging es gar nicht um die Frage, ob das erlaubt ist oder nicht.

Lassen Sie uns doch gemeinsam für diese Anlagen werben, die auch wir wollen. Aber tun Sie bitte nicht immer so, als wollten wir nicht. Das stimmt doch einfach nicht.

Datteln werden wir gleich bei der Landesplanung noch einmal behandeln. Ist Ihnen aber eigentlich bewusst, dass das Hauptargument des Gerichtes sich darauf bezog, dass dort mit Importkohle gearbeitet werden soll, während es in einem Paragraphen heißt, dass heimische Energieträger Vorrang genießen? Ist Ihnen außerdem bekannt, dass über 50 % der verstromten Steinkohle in Deutschland bereits seit 2001 aus dem Ausland kommt?

(Norbert Römer [SPD]: Ist Ihnen auch bekannt, dass Herr Baganz uns falsch informiert hat?)

Wollen wir denjenigen, die hier Steinkohlekraftwerke mit hoher Effizienz bauen wollen, wirklich das sagen, was das Verwaltungsgericht als Abwägungsgrund vorgetragen hat?

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Bei der Debatte zur Landesplanung werde ich Ihnen gleich noch beibringen, dass das Verwaltungsverfahren anders ist, als Sie es darstellen.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD] – Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Wenn Sie es nicht wissen, muss ich es Ihnen beibringen.

94 % des Energiehaushaltes bestehen aus Kohlehilfen. Nach der vorläufigen Gesamtabrechnung – nur die kann man in den Haushalt 2010 einstellen – brauchen wir 64 Millionen € weniger, als in der ursprünglichen Kohlevereinbarung für 2010 vorgesehen; es war geplant, dass 492 Millionen € zur Auszahlung gelangen. Für 2009, das mit 460 Millionen € veranschlagt ist, brauchen wir 22 Millionen € mehr. Hintergrund ist der deutlich gefallene Drittlandskohlepreis, der die Verkaufserlöse der RAG reduziert und den Beihilfebedarf im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Sie wollen auch noch Einsparungen aufgrund von Weltmarktschwankungen in dauerhafte Investitionen umwandeln. Dieses Rechenkunststückchen ist noch nicht einmal Grundschulniveau, Herr Eiskirch.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Sie haben doch gesagt, dass jeder Euro, der eingespart wird, in die Wirtschaftsförderung geht!)

– Das ist keine Einsparung, das ist eine Reaktion auf den Weltkohlepreis. Wir haben außerdem den Bereich der Zuwendungen für die Region.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Alles in Richtung Helmut Linssen!)

Das Ziel nordrhein-westfälischer Energiepolitik bleibt nachhaltige, bezahlbare, sichere und klimafreundliche Energieerzeugung. In einer dicht besiedelten Region, Herr Priggen, hat man Vor- und Nachteile bei diesem Ziel. Ein Nachteil ist zum Beispiel, dass wir Transitland sind und riesige Verkehrsaufkommen haben. Wir haben eine Region, in der sich Industrie bündelt, die relativ viel CO₂ emittiert. Gleichzeitig brauchen wir wettbewerbsfähige Energiepreise für diese Branchen. Das bedeutet, dass ehrgeizige Klimaschutzziele durchaus eine besondere Herausforderung sind.

Aber wie so oft – da haben Sie recht – bedeutet eine solche Herausforderung auch Chancen. Der Umgang mit Energie ist für Volkswirtschaften nicht nur ein immer wichtigerer Kostenfaktor, sondern auch ein strategischer Wettbewerbsfaktor. Techniken und Know-how zur Steigerung der Energieeffizienz in der Industrie, bei den privaten Verbrauchern sowie zum verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien sind weltweit gefragt.

Wir haben einen Förderbaustein „Innovation“ und fördern Vorhaben von der industriellen Forschung

über die experimentelle Entwicklung bis hin zu Prototypen in den Bereichen Brennstoffzelle, Wasserstoff, Kraftstoffe und Antriebe der Zukunft, Kraftwerke und Netze, Photovoltaik, Biomasse, energieeffizientes und solares Bauen sowie Geothermie.

Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leitprojekt „Hydrogen Highway NRW“ im Bereich Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnikentwicklung. Mit dieser Technologie ist Nordrhein-Westfalen weltweit ganz vorn dabei. Im Rahmen dieses Projektes werden entlang der vorhandenen Wasserstoffpipelines von Aachen bis ins nördliche Ruhrgebiet mehr als 40 Einzelprojekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 200 Millionen € realisiert.

Zurzeit wird der zweite Förderwettbewerb „Energie.NRW“ im Rahmen des EU-NRW-Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ durchgeführt, bei dem wiederum – da bin ich ganz sicher – gute Projektideen eingereicht werden.

Mit dem Förderbaustein „Markteinführung“ des Förderprogramms „progres.nrw“ werden die vielen anwendbaren Techniken zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen und der rationellen Energieverwendung beschleunigt in den Markt eingeführt.

Über das Projekt „LichtBlick“ würde ich gerne einmal en détail mit Ihnen sprechen. Wir haben umrechnen lassen – das ist eine vorsichtige Schätzung –, dass dieser Gasmotor von VW 700.000 km im Jahr laufen muss, um die vorgetragene Leistung zu erbringen.

Bei dem Förderbaustein „Markteinführung“ konnte die Anzahl der bewilligten Vorhaben übrigens von 653 im Jahr 2005 auf 3.386 Projekte nahezu verfünffacht werden, während sich der Mitteleinsatz nur verdreifacht hat. Ich gehe davon aus, dass wir 2009 ein ähnlich gutes Ergebnis haben werden. Die jeweiligen Fördermittel haben also wesentlich dazu beigetragen, private Investitionen in diesem Bereich anzustoßen.

Wir sind übrigens sicher, dass wir im gewerblichen Bereich in einigen Elementen nicht mehr so viele Fördermaßnahmen brauchen, aber dafür beim Endverbraucher. Er wird darauf angewiesen sein, dass wir ihm die Anwendung finanziell noch ein Stück weit erleichtern.

Ein Aushängeschild für energieeffizientes solares Bauen ist das Projekt „50 Solarsiedlungen in NRW“. Inzwischen kommen Besucher aus aller Welt, um sich diese Siedlungen anzusehen. 29 sind fertig, 18 befinden sich im Bau.

Außerdem haben wir ein neues, technologieoffenes Element, nämlich „100 Klimaschutzsiedlungen in NRW“; dieses findet sich in Bestand und Neubau. Den Planungsleitfaden habe ich gestern im Zusammenhang mit einem anderen Tagesordnungspunkt angesprochen; ich will das jetzt nicht wiederholen.

Auch der Zuspruch zur Aktion „Mein Haus spart“ ist ungebrochen groß; es gab 100.000 Internetzugriffe. Wir wissen, dass wir Millionen von Menschen, die mitmachen, brauchen, um das Tempo bei der Umsetzung zu erhöhen.

Weitere 180.000 Zugriffe gibt es zu den Themen Modernisierung und Energieausweis auf den Seiten der EnergieAgentur. Auch die Verbraucherzentralen haben sich sehr verdienstvoll in die Kooperation eingeschaltet. 47.000 Bürgerinnen haben dieses Beratungsangebot aufgesucht. Schwerpunkt war die Road-Show.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Show!)

– Sie haben keine Ahnung, Herr Eiskirch. Aber das macht nichts.

Die EnergieAgentur.NRW wird inzwischen größtenteils aus Ziel-2-Mitteln finanziert. Das Budget wurde für die Umsetzung der ehrgeizigen Maßnahmen aufgestockt. Mit diesen Maßnahmen sollten wir auch im Jahr 2010 weitermachen, weil sich viele Schritte bewährt haben.

Das Land ist am 28. Oktober dieses Jahres der ClimateGroup beigetreten. Die ClimateGroup ist ein im Jahr 2004 gegründeter internationaler Zusammenschluss von Regionen und Unternehmen, die sich zu einer aktiven Klimapolitik bekennen und sich in die Verhandlungen der Weltklimakonferenz in Kopenhagen einbringen. In dieser Gruppe werde ich übrigens noch einmal ausführlich unseren Masterplan Elektromobilität vorstellen.

Gehen Sie davon aus, dass wir wahrscheinlich nur zu realistisch im Tempo sind. Sie mögen sagen: Es passiert zu wenig; ich könnte mir das alles sehr viel schneller vorstellen. – Ich finde es aber gut, dass Ihnen bei all den von uns benannten Projekten offensichtlich nichts Konkretes eingefallen ist, zu dem Sie Änderungsanträge stellen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegt noch eine Wortmeldung vor. Bitte schön, Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Priggen, ich wollte in aller Kürze noch ein paar Bemerkungen zu Ihrem klima- und energiepolitischen Rundumschlag machen.

Wir teilen die Auffassung, dass Klimaschutz eine große Herausforderung ist. Energie muss aber trotzdem sicher, sauber und bezahlbar bleiben. Sie vergessen immer, dass die Menschen nur ein begrenztes Budget haben und man sie nicht überfordern kann.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das hat er nicht ausgeschlossen!)

– Ja, ja.

Frau Merkel hat sicherlich den richtigen physikalischen Ansatz, wie man die CO₂-Anreicherung in den Griff bekommen kann. Sie wissen, das bedeutet: Kein Mensch auf der Erde darf mehr als 2 t CO₂ pro Jahr emittieren. Davon sind allerdings alle Industriestaaten – nicht nur wir – weit entfernt. Schlimm ist, dass auch China mittlerweile längst über diese Grenze hinausgeschossen ist.

Die EU spart aufgrund des Kyoto-Protokolls von 1990 bis zum Jahr 2012 280 Millionen t CO₂ pro Jahr ein. Davon sparen wir in Deutschland 75 % ein. Gleichzeitig emittiert China derzeit pro Jahr 1 Milliarde t zusätzlich. Damit ist klar, wohin die Reise geht, wenn Kopenhagen nicht zu einer vernünftigen Lösung führt.

Es ärgert mich wirklich, dass Sie immer so tun, als ob in Kopenhagen alles klargen würde, als wäre die Welt in Zukunft richtig reguliert, alle hätten die gleichen Konditionen und Bedingungen und wir könnten loslegen.

Ich sage Ihnen: Wenn Kopenhagen schief geht, müssen wir uns gemeinsam Gedanken darüber machen, welche Strategie richtig ist. Eine Vermeidungsstrategie oder eine Anpassungsstrategie? Im Klartext: Müssen wir Archen und Dämme bauen, oder müssen wir weiter – aus Ihrer Sicht auch mit Zwangsmaßnahmen – versuchen, CO₂-Emissionen zu verhindern? Brauchen wir dann einen Mix, bei dem wir CO₂-freie erneuerbare Energien und CO₂-freie Kernenergie einsetzen? Der Weltklimarat sieht ohnehin einen Anteil von 30 % Kernenergie an der Energieerzeugung.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Die EU-Kommission hat ihre Konzepte auch auf 30 % Kernenergieanteil aufgebaut. Das bedeutet nicht, dass wir neue Kraftwerke bauen wollen. Das heißt aber, wir können diese Option technisch nicht ausschließen, wenn wir das Ziel sicherer, sauberer und bezahlbarer Energie erreichen wollen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Unglaublich, unglaublich!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich.

Damit ist die Beratung über den Teilbereich Energie des Einzelplans 08 abgeschlossen.

Wir wenden uns jetzt dem

Teilbereich Landesplanung

zu. Für jede Fraktion ist eine Redezeit von fünf Minuten vorgesehen. – Ich eröffne die Debatte und

erteile Herrn Professor Dr. Bollermann das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen kurzen Aussprache zur Landesplanung geht es nicht um Finanzen. Das Gesamtvolumen des dazugehörigen Kapitels im Einzelplan 08 ist mit ca. 2 Millionen € vergleichsweise gering.

Frau Thoben, wie auch in der Wirtschafts- und Energiepolitik gilt auch hier: Wir werden uns mit Ihrer Politik auseinandersetzen. Man kann sicherlich auch schon an dieser Stelle sagen: Leere Versprechungen, Verhinderungspolitik und keinerlei Sacharbeit zeichnen Ihre Politik in der Landesplanung aus.

(Beifall von der SPD)

Diese Regierung hat es bis heute nicht geschafft, die Landesplanung für Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln, Raum- und Nutzungsansprüche sowie damit auftretende Konflikte zukunftsorientiert einer Lösung zuzuführen.

Ich möchte heute in Erinnerung bringen, welche politischen Ziele Frau Ministerin Thoben im Rahmen ihrer „Kleinen Regierungserklärung“ am 24. August 2005 im Wirtschaftsausschuss vorgestellt hat. Frau Thoben, was haben Sie seinerzeit nicht alles versprochen! Ich beziehe mich dabei auf das Ausschussprotokoll 14/20.

Als erste Zielsetzung wollten Sie die Landes- und Regionalpolitik novellieren. Bis heute: Fehlanzeige.

Im Rahmen einer novellierten Landesplanung wollten Sie sicherstellen, dass es keine unnötige Bürokratie gibt. Ich sage nur: Chancen vertan.

Als dritte Zielsetzung sollte sich der Staat auf Kernaufgaben nach dem Grundsatz der Subsidiarität konzentrieren und zu mehr Planungs- und Entscheidungskompetenz vor Ort führen. Das ist bis heute eine leere Ankündigung geblieben. Wie Sie es tatsächlich umsetzen wollen, bleibt abzuwarten.

Als vierte Zielsetzung wollten Sie das Landesentwicklungsprogramm und den Landesentwicklungsplan zusammenfassen. Dieses zentrale Projekt von CDU und FDP wird heute Abend beerdigt. LEPro und LEP bleiben beide erhalten, auch wenn das Vorblatt zum Gesetz noch das Gegenteil vortäuschen will.

Im Rahmen der Novellierung wollten Sie das Thema Rohstoffsicherung akzentuieren. Es ist für Sie offensichtlich ein unbequemes Thema, das bis heute nicht angepackt worden ist.

Es hieß, durch Grundsätze der Raumordnung würden Sie Empfehlungen und Leitbilder vermitteln. Wo sind Ihre Leitbilder, Frau Thoben? Wo ist denn das neue LEPro?

Die Regionalplanungskompetenz sollte auf den RV Ruhr übertragen werden. Dieses Ziel haben Sie in der Tat umgesetzt.

Als achtetes Ziel haben Sie eine Novellierung des Landesplanungsgesetzes verfolgt. Erst am heutigen Abend, meine Damen und Herren, werden wir einen nach unserer Meinung handwerklich schlecht gemachten Entwurf beraten, der die Bezeichnung „Novelle“ aus unserer Sicht nicht verdient.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen der Kraftwerkstandort Nordrhein-Westfalen bleiben – mit modernster Kraftwerkstechnologie für fossile Bereiche – so Ihre neunte Zielsetzung. – Diese Zielsetzung wird von uns in der Tat unterstützt. Aber wie Datteln zeigt, konnten Sie diese Zielsetzung nicht umsetzen. Vielmehr gefährden Sie durch unzureichendes Regierungshandeln die Planungssicherung in unserem Land. Investitionen in Kraftwerke finden in NRW nicht statt.

Ihr letztes Ziel lautet: Wir nehmen die Ergebnisse aus der Modellregion Ostwestfalen-Lippe und wollen sie auf das ganze Land übertragen. – Das ist in der Tat eine sinnvolle Zielsetzung, die erst jetzt auf den Weg gebracht wird.

Fazit: Sie haben zu Beginn der Legislaturperiode vollmundige Ankündigungen zur Landesplanung gemacht. Von zehn Ankündigungen haben sie nur eine einzige tatsächlich umgesetzt. Ihnen fehlen Innovationsfähigkeit und Durchsetzungswillen – nichts als leere Versprechungen.

(Beifall von der SPD)

Im Fußball würde man eine Minute vor Spielschluss bei einem Spielstand von 1:9 von einem miserablen Spiel sprechen. In manchen Stadien – zumindest im Dortmunder Stadion – würde man rufen: Trainer raus!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

– Aber so sind die Leute dort: mit einem klaren Herzen und einem klaren Gefühl, ob sich Leistung lohnt und sinnvoll ist oder nicht.

Insgesamt ist das ein Armutszeugnis für das wichtige Feld der Landesplanung – Regierungsmurks, wohin man schaut.

(Beifall von der SPD)

Blicken wir nur auf die beiden jüngsten Beispiele Datteln und Ochtrup. Die Gerichte mussten darüber entscheiden; Sie waren dazu nicht in der Lage, Frau Thoben; und es geht nicht nur um das Problem der Importkohle, wie Sie es vorhin dargestellt haben. Das ist eine Petitesse. Es ist die primäre Aufgabe einer Regierung, Gesetze vorzulegen, die Bestand haben, sowie ein Land zu lenken und zu regieren.

Sie gefährden mit Ihren Defiziten bei der Landesplanung dringend benötigte Investitionen, Arbeitsplätze und Anwohnerschutz in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um landesweit ausgewogene Versorgungsstrukturen zu erhalten und einen schonenden Umgang mit Flächen zu gewährleisten, sind einheitliche und rechtssichere Vorgaben von der Regierung erforderlich; sie fehlen schlichtweg zurzeit.

Die heute Abend stattfindende erste Lesung des Landesplanungsgesetzes kommt Jahre zu spät.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das ist Regierungsmurks, der das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Bundesland Nordrhein-Westfalen deutlich zurückwirft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Prof. Bollermann. – Wir setzen die Debatte fort. Das Wort hat der Abgeordnete Hovenjürgen für die CDU-Fraktion.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bollermann, das sind wohl die Reflexe, die man üben muss.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich habe nur zitiert, Herr Kollege!)

Da wird schwarzgemalt, und hier versuchen wir, das ins richtige Licht zu rücken.

Der Teilbereich Landesplanung des Einzelplans 08, der heute zur Diskussion steht, hat verschiedene Sachverhalte zu berücksichtigen. Bemerkenswert finde ich insbesondere die von Ihnen angesprochene Planungshoheit für das Ruhrgebiet, die am 21. Oktober an den RVR übergegangen ist. Die Regionalplanung liegt jetzt beim RVR.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD] zeigt mit dem Daumen nach oben.)

– Sie zeigen mit dem Daumen nach oben – zu Recht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nein, das ist nur ein Punkt!)

– Der Daumen nach oben – das ist auch richtig, Herr Bollermann. Schade nur, dass Sie nicht dabei waren und dass Sie das Ruhrgebiet an dieser Stelle nicht so stärken wollten. Diesen Mangel haben Sie bis heute nicht erklärt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Frank Sischau [SPD])

Des Weiteren haben Sie von fossilen Energieträgern gesprochen. Herr Bollermann, es wäre schön,

wenn Sie den Menschen im Ruhrgebiet und den Bergleuten sagen könnten, was Sie wirklich wollen.

In Ihren Dresdener Parteitagebeschlüssen bezeichnen Sie fossile Energieträger als Übergangstechnologie.

(Zustimmung von der SPD – Lothar Hege-
mann [CDU]: Was?)

Wer „Übergangstechnologie“ formuliert, will auch aus dem Steinkohlebergbau aussteigen.

(Norbert Römer [SPD]: Die Vorräte sind endlich!)

Dann sollten Sie das den Menschen allerdings auch sagen, Herr Bollermann. Das wäre ein Beitrag zur Ehrlichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen trägt die vorgelegte Entwurfsplanung den Dingen, die die Landesregierung auf den Weg bringen muss, Rechnung. Es sind Konsequenzen aus den Urteilen zum Factory-Outlet-Center und zum E.ON-Kraftwerk in Datteln zu ziehen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Murks!)

Das macht deutlich, dass wir uns mit Gegebenheiten auseinandersetzen müssen, werter Herr Bollermann, die wir gemeinsam bisher nicht in dieser Schärfe gesehen haben.

Das Urteil zum Kraftwerksstandort Datteln macht deutlich, dass die Nutzbarmachung alter industrieller Standorte innerhalb von mit Wohnbebauung umgebener Gebiete zukünftig sehr problematisch sein wird.

(Zuruf von der SPD: Das ist falsch!)

Wir werden uns zukünftig mit der Frage auseinandersetzen, ob die Vorgehensweisen, die wir bisher verfolgt haben, zielführend sind, ob wir die Wiedernutzbarmachung wirklich erreichen können und zu welchem Preis. Die Frage ist, wie es mit den Nutzungskonflikten aussieht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Darauf gibt es bis jetzt keine Antwort!)

Wir können an den Altstandorten Industrie häufig überhaupt nicht mehr und nichtstörendes Gewerbe nur bedingt ansiedeln, sodass wir nur über nichtstörende Gewerbe reden können. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelhandel, der im Konflikt zu unseren Innenstädten steht. Insofern müssen wir auch hier an gemeinsamen Lösungsmöglichkeiten für diese Konflikte arbeiten.

Hier stellt sich die Frage, ob wir die industriellen Altstandorte innerhalb von Wohnbebauungen ökologisch aufwerten können, um so zum Beispiel den Außenbereich zu schonen, sodass wir die Landwirtschaft und ihre Nutzflächen in Nordrhein-Westfalen nicht weiter einschränken. Auch diese Dinge kön-

nen wir gemeinsam auf den Weg bringen. All das findet Berücksichtigung.

Meine Damen und Herren, Rot-Grün hat schon 2003 angekündigt, LEPro und LEP zusammenführen zu wollen. Wir wollten das auch. Wir haben das bisher noch nicht vollendet.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und im Gesetzentwurf werfen Sie es heraus! – Zuruf von der SPD: Aha!)

Aber wir werden es zu Beginn der nächsten Legislaturperiode nach Konstituierung der Regionalräte auf den Weg bringen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Alles in allem wurde ein ausgewogener Vorschlag gemacht. Union und FDP sehen das Land auf einem guten Weg. Sie sehen das anders. Das kennen wir von Ihnen nicht anders. Aber letztlich sind die Lösungen, die wir bisher präsentiert haben, tragfähig. Sie haben das Land weitergebracht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Bollermann, ich schließe mich Ihren Ausführungen an. Es wäre kein Ding, über 2 Millionen € zu diskutieren. Aber Landesplanung hat im System der Landesentwicklung nach wie vor eine entscheidende Bedeutung. Es gilt, unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und erwünschte Entwicklungen zu fördern.

Das bedeutet einerseits konzeptionelles Arbeiten. Wir sind derzeit dabei; die Ministerin hat sicherlich Gespräche in diesem Zusammenhang zu führen. Das Ruhrgebiet ist das Energieherz Nordrhein-Westfalens. Nordrhein-Westfalen ist das Energieherz Deutschlands. Wir wollen natürlich moderne Kraftwerke mit einem hohen Wirkungsgrad. Denn ein hoher Wirkungsgrad bedingt, dass pro Kilowattstunde wesentlich weniger klimarelevante Spurengase emittiert werden.

Das ist einmal aus wirtschaftsstrukturellen Gründen für unseren Anlagenbau wichtig, wenn wir diese Technik hier bei uns entwickeln und exportieren können. Andererseits ist das auch aus Umweltschutzgründen wichtig. Denn wie wollen wir Technik und Anlagen verkaufen, wenn wir nicht entsprechende Referenzkraftwerke bei uns betreiben?

Deswegen fand ich Ihr Stichwort Datteln ganz richtig. Es gilt also, auch mit einer Standortsicherung, die über die Landesplanung zu erfolgen hat – da gebe ich Ihnen recht –, moderne Technik auch aus

Umweltschutzgründen in Schwellen- und Entwicklungsländer exportieren zu können. Dazu leistet diese Landesregierung einen Beitrag. Deswegen ist das Engagement für Datteln aus wirtschaftsstrukturellen Gründen, aus umweltpolitischen Gründen und aus strukturpolitischen Gründen überzeugend.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind ganz leicht dabei zu sagen: Rechtssicherheit schaffen. Das ist für eine Verwaltung eine Selbstverständlichkeit, darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Nur, wenn einerseits das Gericht aus Münster sagt: „Ihr müsst beim Einzelhandel von einer viel zu konkreten Zielrichtung in eine offenere Zielrichtung überwechseln“, andererseits bei Datteln meint: „Die Zielrichtungen sind nicht so konkret, wie sie sein müssten, ihr müsst also konkreter werden“, ist das schon ein intellektueller Dreisprung, offener und gleichzeitig konkreter zu werden. Mit diesem Problem müssen wir uns auseinandersetzen. Deswegen ist es gut, dass das jetzt angegangen wird. Die Klärung der Situation ist notwendig.

Frau Ministerin, in diesem Zusammenhang sage ich ganz klar: Ja, es ist richtig, den Energieteil aus dem neuen Landesentwicklungsplan vorzuziehen; denn dieses Problem muss gelöst werden.

(Beifall von der CDU)

Gleichzeitig sage ich aber auch, wir dürfen nicht mehr dahin kommen, davon zu sprechen: Dieser Energieteil ist jetzt ein neuer Landesentwicklungsplan Energie. – Wir wollen den integrativen Ansatz beibehalten; wir wollen nicht wieder dazu kommen: LEP 6, LEP 5, LEP 4 – Flughäfen –, LEP 3 – Wasser und Naturschutz –, LEP 2/1 – Aufbau-Achsen, zentrale Orte. Nein, wir wollen den zentralen Ansatz integrativ beibehalten. Gleichwohl ist die Ausnahme jetzt geboten, und es sollte eine Ausnahme bleiben.

Wir haben eben vom Kollegen Priggen gehört: Abwärmenutzung. Ich bin mit Ihnen völlig einig, Herr Kollege, es ist eigentlich unverantwortlich, in welchem Umfang wir Abwärme nach draußen pussten. Ich habe mehrfach hier gesagt, neben jedes Kraftwerk gehört eigentlich eine Energiesenke, ein Gewerbe- oder Industriegebiet mit erheblichem Wärmebedarf.

(Ministerin Christa Thoben: Ja!)

Meiner Meinung nach wäre planerisch zu sichern, das neben jedem Kraftwerk verpflichtend zu machen und nicht nur zu ermöglichen. Aber dann höre ich schon die Bürgerinitiativen vor Ort: Jetzt sind wir schon mit dem Kraftwerk geschlagen, jetzt müssen wir auch noch ein Industriegebiet aushalten. – Da müssen wir dann schon an einem Strang ziehen. Das sollten wir wirklich machen.

Frau Ministerin, bei der Landesplanung treibt mich noch ein weiterer Punkt um: Leitungsbänder konzeptionell zu sichern. Dazu gehören die Diskussion über die Kohlenmonoxidleitung und das Stolpern von RWE, mal eben eine Kohlendioxidleitung von Hürth nach Schleswig-Holstein legen zu wollen. Die werden sich wundern, welche Probleme die noch bekommen.

Ich bin überzeugt, es reicht nicht, die Parallelverlegung von Leitungen als planerisches Ziel vor Augen zu haben. Nein, wir müssen eine Flächensicherung für Leitungsbänder angehen. Das ist ein schweres Geschäft.

In dem Zusammenhang hat Landesplanung auch die Aufgabe, konfliktminimierend vor Ort einzugreifen. Konfliktminimierend heißt: Die Behörden sind hier der ehrliche Makler unterschiedlicher Interessen. Das bedeutet für unsere Mitarbeiter Kommunikationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft; die sind auch im Ministerium gefragt, aber sicherlich vor Ort im besonderen Maße bei den Bezirksregierungen, um solche landespolitischen Zielrichtungen als ehrlicher Makler unterschiedlicher Interessen durchsetzen zu können.

Ein letzter Satz: Herr Bollermann, Sie sprachen auch den Regionalverband Ruhr an. Auf Seite 122 im Haushaltstitel 637 10 422 werden dem RVR als Konnexitätsbeihilfe 560.000 € für die Übernahme staatlicher Aufgaben gegeben. Ich glaube, die anderen Bezirksregierungen, Frau Ministerin, wären froh, eine so komfortable, staatlich geförderte finanzielle Ausstattung zu bekommen, wie hier der RVR.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir haben die Regionalpläne untereinander abgestimmt. Der regionale Flächennutzungsplan muss integriert werden. Mehr ist da nicht zu tun. Und die Forderungen des RVR sind aus meiner Sicht fast unsittlich. Aber das sollten wir im Auge haben; das darf nicht Raum greifen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und schönen Dank für Ihr Räusporn.

(Beifall von FDP und CDU – Heiterkeit)

Vizepräsident Edgar Moron: Es war ja nur ein Zeichen dafür, dass Sie Ihre Zeit erheblich überschritten haben, Herr Ellerbrock. – Herr Priggen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident, herzlichen Dank! Eigentlich – das habe ich jetzt gelernt – ist das Thema „Landesentwicklungsprogramm,

Landesplanungsgesetz, LEP“ eine der Königsdisziplinen von Regierungshandeln.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Jow!)

Es ist eine Materie, die sich nicht jedem auf den ersten Blick erschließt. Man hat wirklich manchmal Schwierigkeiten mit der Begrifflichkeit. Aber ich habe gelernt, es ist eine außerordentlich wichtige Materie, weil sie im großen Maßstab Konfliktbewältigung leisten soll. Damit soll festgelegt werden, wo im Land Kiesgewinnung erfolgt, Kraftwerke und anderes gebaut werden, immer verbunden mit langfristigen Eingriffen, und wo bestimmte Vorhaben gesichert werden.

Das muss man sehr sorgfältig und in enger Abstimmung mit den Regionen tun und die real existierenden unterschiedlichen Interessenlagen abwägen. Die Menschen, die dort leben, wollen eventuell keinen Kiesabbau; auf der anderen Seite brauchen wir Rohstoffgewinnung. Das muss man in einer solchen Planung langfristig sichern.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Was erleben wir jetzt? Ich habe eben schon mal gesagt: 39 Jahre hat die SPD regiert. Die CDU wollte an die Regierung, hat es dann geschafft. Ich bin, was die Landesplanung angeht, entsetzt von dem handwerklichen Desaster, das Sie uns am Ende der Legislatur vorlegen. Man muss sich mal vorstellen, was jetzt hier passiert.

Ich kann noch verstehen, Sie haben angekündigt, in dieser Legislatur LEPRO und LEP zusammenzulegen. Das ist so kompliziert und so viel, da kann man irgendwann sagen, es ist nicht zu schaffen, das kommt in die nächste Legislatur. Dann würden wir als Opposition sagen: Das haben sie nicht geschafft. – Aber das kann passieren. Aber jetzt versuchen Sie, unter Missachtung aller Fristen usw. LEPRO zu heilen, und zwar nur weil eine Kraftwerksbaustelle so desaströs gemanagt worden ist. Es ist allein vom Vorgehen her schon nicht richtig, ein Gesetz mit so weitreichender Wirkung jetzt so zu reduzieren.

Zu der Baustelle will ich Folgendes sagen: Es ist für niemanden vernünftig, dass in Datteln ein Kraftwerk gebaut wurde und dafür 700 Millionen € investiert wurden. Der Bauherr E.on hat vor Gericht selbst gesagt: Wenn die Planung nicht klappt, reißen wir es auf eigene Kosten wieder ab. Das ist ja auch ungewöhnlich.

Jetzt stellt sich heraus: Die gesamte Planung für dieses Kraftwerk ist so desaströs, dass das Oberverwaltungsgericht Münster – und nicht das „grüne Zentralkomitee“ – den Planern die gesamten Genehmigungen um die Ohren schlägt, dafür viele Gründe anführt und keine Revision zulässt. Das ist keine grüne Entscheidung. Das OVG Münster ist sicher kein Hort grüner Politik. Der einzige Grund ist die desaströse Planung.

Und was folgt jetzt? Man ändert die Gesetze, um diese eine Baustelle flott zu machen. Dabei wäre es möglich gewesen, ein Kraftwerk 4 km weiter auf einer ausgewiesenen LEP-6-Fläche zu bauen. Ich habe Konfliktminimierung immer so verstanden, dass man genau schaut, wo man solche Bauten errichtet. In diesem Fall gab es eine ausgewiesene Fläche mitten im Land, 4 km entfernt von der Bebauung, auf der man das Kraftwerk hätte errichten können. Das hat man nicht getan.

Man baut vielmehr ein Kraftwerk mit 2.500 MW Feuerungswärmeleistung und einem 180 m hohen Kühlturm in einer Entfernung von nur 400 m zu den nächsten Wohnhäusern und nur 300 m zu einer Kinderklinik, obwohl der Abstandserlass für Kühltürme eine Entfernung von 1.500 m vorschreibt. Wir kennen die Diskussion. Der Kühlturm ist nicht nur 180 m hoch, sondern hat natürlich auch Auswirkungen durch einen nicht unerheblichen Dampfausstoß. Trotzdem wird das Kraftwerk einfach an dieser Stelle gebaut, die andere Fläche wird überhaupt nicht geprüft.

Verantwortlich dafür ist natürlich in allererster Linie die Kommune mit ihrer Bauleitplanung. Wir wissen aber um den Druck auf die Mitglieder des Rates. Sie haben eine Woche vor Weihnachten ein 1.100 Seiten starkes Gutachten bekommen, und ihnen ist Druck gemacht worden, nach Weihnachten müsse die Entscheidung fallen, damit E.on noch in der Vegetationsperiode den Wald abholzen könne. Dann haben sie den Fehler gemacht und den Bau genehmigt, und jetzt haben sie das Desaster.

Trotzdem kann man nun nicht einfach unter einem enormen Zeitdruck den LEP und das LEPro ändern. Wir hatten nach 14 Tagen eine Anhörung, die Naturschutzverbände wurden mit einer Neun-Tage-Frist zur Beteiligung an der LEP-Änderung eingeladen. Dagegen haben sie protestiert.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

– Die Ministerin ruft jetzt, diese Frist sei um 14 Tage verlängert worden. – Sorgfältige Gesetzesplanung, wie sie sich für so wichtige Gesetzesvorhaben gehört, sieht anders aus.

(Beifall von der SPD)

Natürlich ist richtig, dass das alte LEPro ist nicht in Stein gemeißelt ist. Die Zielsetzung der Förderung heimischer Rohstoffe oder heimischer Steinkohle ist nach dem Diskussionsprozess der vergangenen Jahre natürlich anzupassen – das ist völlig richtig –; denn wenn die Förderung spätestens 2018 ausläuft, kann dieses Ziel nicht immer weiter im LEPro stehen als Ziel für die Versorgung von Kraftwerken. Das ist in Ordnung.

Aber man kann doch nicht so, wie es jetzt geplant ist, die Kraft-Wärme-Koppelung, die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz aus dem LEPro streichen. Vor dem Hintergrund der Diskussion über

den Klimaschutz in Kopenhagen und vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Bundesregierung streichen wir diese Ziele aus dem wichtigsten Planungsgesetz einfach heraus und bringen sie in eine Verordnung mit nachrangiger Rechtswertigkeit. Ein solches Vorgehen hat mit sauberem Handwerk und mit sorgfältiger Planung nichts zu tun. Das ist – man kann es nicht anders sagen – Regierungsmurks, praktisch in einer Art Torschlusspanik, um einen Schwarzbau zu retten.

Ich will noch einmal sagen: Es ist für niemanden vernünftig, dass eine 700-Millionen-€-Investition – so viel ist bisher dort verbaut worden – auf diese Art kaputt geht. Das ist weder für die Anwohner noch für den Konzern vernünftig. Letztendlich belastet es uns alle über die Stromgebühren.

Aber es ist auch nicht vernünftig, rechtlich einwandfreies Planungshandeln der Landesregierung auf diese eine Baustelle auszurichten. Die Änderungen ziehen sich ja durch viele Bereiche. Wir finden sie nicht nur im LEP und im LEPro, sondern auch im Landschaftsgesetz und an vielen anderen Stellen. Überall werden in einer Art Torschlusspanik die Änderungen durchgezogen.

Der Kollege Rimmel hat es gestern bereits gesagt: Es wird weitere Rechtsverfahren geben. Handwerklicher und planerischer Murks der Regierung landet vor den Gerichten, und die werden diesen Murks dann korrigieren. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Ich habe eine bescheidene Bitte und einen Vorschlag: Wenn wir hier debattieren und auch von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden wollen, dann sollten wir weniger Kürzel benutzen, Herr Kollege. Ich glaube, dass kaum ein Bürger weiß, was LEPro ist. Wir wissen es. Es ist nur eine Empfehlung.

Frau Ministerin Thoben, Sie haben ums Wort gebeten. Bitte schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiteres Aufgabenfeld im Wirtschaftsministerium sind Raumordnung und Landesplanung. Sie sollen auf Landesebene strategische Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes festlegen und im Zuge der Rechtsaufsicht darauf achten, dass diese Ziele in den Regionalplänen konkretisiert und umgesetzt werden.

Die Bedeutung dessen wird uns in der Regel nur bewusst, wenn Streit um die Umsetzung dieser Ziele entbrennt. Ich nenne nur die aktuellen Probleme um das E.on-Kraftwerk in Datteln und die Planungen für Factory-Outlet-Center in Ochtrup und

Gronau. Finanziell hingegen wird die Landesplanung mit ihrem recht bescheidenen Budget von rund 2 Millionen € kaum wahrgenommen.

Meine Damen und Herren, das Landesplanungsgesetz muss vor dem Hintergrund des neuen Bundesraumordnungsgesetzes novelliert werden. Der entsprechende Gesetzentwurf ist am 10. November vom Kabinett beschlossen worden und liegt dem Landtag vor.

Parallel hierzu müssen jetzt die Verordnungen zum Landesplanungsgesetz novelliert werden. Als Folge aus dem alten Landesplanungsgesetz musste die dort eröffnete Möglichkeit zur Aufstellung regionaler Flächennutzungspläne evaluiert werden. Das damit eröffnete Experiment war in zunächst sechs Städten der Einstieg in eine einheitliche Planung für das gesamte Ruhrgebiet, die wir mit der Übernahme der Regionalplanung durch den RVR umgesetzt haben.

Auf der Basis der experimentellen regionalen Flächennutzungsplanregelung ist in sechs Städten des Ruhrgebiets ein regionaler Flächennutzungsplan erarbeitet worden, der von der Landesplanungsbehörde und dem Bauministerium sowie von weiteren beteiligten Ressorts geprüft und vor zwei Wochen mit einigen Maßnahmen genehmigt worden ist. Die Prüfung wurde gerade abgeschlossen, der Regionalflächennutzungsplan ist also genehmigt.

Mit dem jetzt genehmigten Plan werden im Gebiet der Planungsgemeinschaft rund 350 ha als Wohnbauflächenpotenzial und rund 860 ha als Wirtschaftsflächenpotenzial sowie 77 Bereiche für den Schutz der Natur, die entweder in ihrer Gesamtfläche oder in ihren wesentlichen Teilen als Naturschutzgebiete festzusetzen sind, zugelassen.

Ich möchte meinen Eindruck zusammenfassen: Die Planungsgemeinschaft hat es geschafft, Flächensparsamkeit mit einer bedarfsgerechten Ausstattung für Arbeiten und Wohnen planerisch unter einen Hut zu bringen. Das hat erkennbar Mut, Augenmaß und erhebliche Arbeit erfordert. Ich danke dafür und spreche meinen Glückwunsch aus. Ich weiß aus zahlreichen Gesprächen, welche Sorgen zwischenzeitlich auch mit diesem Prozess verbunden gewesen sind. In dieser Planung ist auch deutlich geworden, dass das Instrument des regionalen Flächennutzungsplanes erhebliche planungssystematische Probleme aufwirft.

Er wird jetzt im Ruhrgebiet durch die einheitliche Regionalplanung überflüssig. Auf der regionalen Ebene plant sich das Ruhrgebiet künftig als Ganzes selbst. Die Möglichkeit zu weiterer Aufstellung regionaler Flächennutzungspläne alter Art konnte deshalb im Regierungsentwurf entfallen. Der regionalplanerische Teil des im Ruhrgebiet aufgestellten regionalen Flächennutzungsplanes soll vom Regionalverband in den neu aufzustellenden Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet integriert werden.

Dies geht nicht innerhalb von ein paar Wochen. Wir müssen deshalb akzeptieren, dass es mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, bis ein erster Entwurf steht. Das Land hilft dem Regionalverband Ruhr bei dieser neu gewonnenen Verantwortung, indem es Personalkosten für die staatliche Aufgabe übernimmt. Auch dies ist Bestandteil des Haushaltsentwurfs für die Landesplanung.

Entsprechend dem Koalitionsvertrag und im Sinne der allgemein angestrebten Deregulierung hat das Wirtschaftsministerium inzwischen umfangreiche Vorarbeiten für den neuen Landesentwicklungsplan 2025 geleistet, mit dem das bisherige Entwicklungsprogramm und der derzeit geltende Landesentwicklungsplan von 1995 in einem Planungsinstrument zusammengeführt werden. Wir wären damit gerne schon weiter, nicht zuletzt deshalb, weil ein Landesentwicklungsplan nicht am grünen Tisch im Ministerium entsteht, sondern weil er das Ergebnis eines äußerst umfangreichen und zeitlich aufwendigen Beteiligungsverfahrens ist. Dieses Beteiligungsverfahren setzt in den Kommunen Räte und als unser Hauptpartner installierte Regionalräte voraus; denn sie haben die Scharnierfunktion zwischen Landes- und Regionalplanung. Von der Sorgfalt dieses Beteiligungsverfahrens hängen die Qualität und die Rechtssicherheit des Landesentwicklungsplans entscheidend ab.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Aber wie Sie wissen, haben wir uns auch damit auseinanderzusetzen, dass bei obersten Gerichten derzeit in vielen Fällen nicht die gleiche Rechtsauffassung wie bei der Landesplanung und wie beim Gesetzgeber hier im Parlament herrscht. Bei der Frage der Ansiedlung großer Factory-Outlet-Center mit mehr als 5.000 m² Verkaufsfläche auch in kleinen Gemeinden und bei der Frage, wo wir großflächigen Einzelhandel für mit der Entwicklung unserer Innenstädte vereinbar halten, ist uns dies in aktuellen Urteilen vor Augen geführt worden.

Dies wirft die Arbeit an den entsprechenden Kapiteln des neuen Landesentwicklungsplans zurück; denn der erklärte politische Wille der Landesregierung und einer, wie ich es wahrgenommen habe, sehr breiten Mehrheit in diesem Parlament zu einem effektiven Schutz der Innenstädte auf der einen Seite und die verfassungsgemäße Garantie der Planungshoheit der Gemeinden auf der anderen Seite sind nicht leicht unter einen Hut zu bringen. Man könnte auch sagen: Unsere Gerichte stellen sich dabei erkennbar ein äußerst kleines Hütchen vor.

(Unruhe)

Wir arbeiten an dieser Aufgabe, und wir werden sie auch lösen. Ich habe das Angebot der kommunalen Spitzenverbände sehr gerne angenommen, hier im Rahmen von Workshops sehr eng mit den Fachleuten der Landesregierung und mit Vertre-

tern des Handels und der Wirtschaft gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Derweil ist auch festzuhalten, dass das OVG-Urteil zu Ochtrup nicht rechtskräftig ist. Ich weiß, dass es nicht von jedermann gern gehört wird und dass verschiedentlich jetzt eilige Entscheidungen zu Ochtrup angemahnt werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich muss die Zeit überziehen, es sei denn, es interessiert nicht, was ich noch zu sagen habe.

An diesen konkreten Punkten arbeiten wir intensiv. Bis dahin bleibt aber der § 24 a, ausgenommen Satz 4, weiterhin bei der Aufstellung zu beachten. Aus all diesen Gründen werden wir – Revisionsbeschwerde ist eingelegt – dies nicht in dieser Legislaturperiode fertig bekommen.

Herr Priggen, nur noch etwas zu den Kraftwerken: Es geht nicht um ein Kraftwerk. Sie hätten einmal mit mir in die Emscher-Lippe-Region fahren sollen. Gelsenkirchen hat Angst, weil man dort den Ersatz eines alten Kraftwerks durch ein neues plant. Der ganze Chemiepark Marl hat Angst; denn wenn dieses Urteil Bestand hätte, wären solche Dinge nicht mehr möglich. Deshalb wollen wir schnell handeln, nicht überstürzt. Aber mit dieser Art von Urteil – so unsere Einschätzung – konnten wir nicht rechnen.

Was wir da streichen wollen, hebt übrigens die Ziele nicht auf. Herr Priggen, sie stehen gleichlautend im Landesentwicklungsplan und sind für Planungen maßgeblich. Eine Überarbeitung wird erfolgen, wenn wir den Energieteil vorziehen. Ich bitte Sie, dies bei Ihrer Einlassung zu bedenken.

In Bezug auf die Äußerung meines Staatssekretärs weise ich nur darauf hin, dass das OVG in seinem Schriftsatz – das ist alles sehr kompliziert – auf jeden Fall in erster Runde das Baurecht angemahnt hat. Deshalb wurde das Bauministerium beteiligt. Es hat unter baurechtlicher Würdigung keine Probleme gesehen. Das OVG hat erst im Frühjahr 2009 die Argumente, die sich auf Landesplanung beziehen, aufgegriffen und dann darauf verzichtet, nochmals beizuladen. Nur das kann und wird Gegenstand der Beratung gewesen sein. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt hat noch einmal für die Fraktion der CDU der Kollege Hovenjürgen das Wort.

(Zuruf von der SPD)

– Die CDU hat auch noch ganz reguläre Redezeit.

Josef Hovenjürgen (CDU): Lieber Herr Kollege Priggen, ich möchte Ihnen einen Kommentar von Herrn Stenglein in der „WAZ“ vom heutigen Tage zur Kenntnis geben, der wie folgt lautet:

Im Fall des halbfertigen Kohlekraftwerks Datteln aber sind politische Kräfte am Werk, denen eine Industriearbeit als Menetekel gerade recht käme. Grüne und Öko-Lobbyisten haben schon begonnen, die Landesregierung wegen der Anpassung des Entwicklungsplans als Büttel der Energiekonzerne zu denunzieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Man muss befürchten, dass derlei Polemik beeindruckt. Doch abgesehen davon, dass auch ein Energiekonzern wie E.ON ein Recht auf Investitionssicherheit hat, geht es um mehr. Wenn auf Grund der Umweltrichtlinie 18 (!) NRW-Kraftwerksstandorte in Gefahr schweben, erfolgreich beklagt zu werden, hört der Spaß langsam auf.

Eine vernünftige Förderung regenerativer Energien geht in Ordnung, eine radikale Energiewende mit der Brechstange nicht. An einer gesetzestechnischen Notoperation, so prekär sie ist, führt kein Weg vorbei. Sie ist nicht zuletzt deshalb nötig, weil moderne Kraftwerke allemal umweltverträglicher sind als die alten, dann noch lange weiterlaufenden Dreckschleudern.

Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Änderungsanträge liegen nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/10208. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Kollege Sagel. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10208 angenommen** und damit der **Einzelplan 08 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Bauen und Verkehr

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10214 und auf die Änderungsanträge der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; das sind die Nummern 71 bis 79 der Tischvorlage.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Kollege Hilser. Bitte schön, Herr Hilser.

Dieter Hilser (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die letzte Debatte zum Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ des Einzelplans 14 unter einer schwarz-gelben Landesregierung.

(Lachen von der FDP)

Von daher gestatten Sie mir einen Rückblick auf die Politik und die Haushaltsentwicklung in diesem Bereich. Begonnen hat die ganze Sache mit dem Leitfaden und unter der Planidee „Privat vor Staat“. Das Thema „Privat vor Staat“ hat sich durch die gesamte Haushaltspolitik in diesem Bereich in den letzten viereinhalb Jahren gezogen.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Beratungen zügig und so fortsetzen, dass man dem Redner oder der Rednerin auch zuhören kann. Ich bitte Sie, die Gespräche nach draußen zu verlagern bzw. demjenigen zu lauschen, der spricht. – Bitte schön, Kollege Hilser, Sie haben das Wort!

Dieter Hilser (SPD): Die Politik „Privat vor Staat“ wurde die letzten Jahre konsequent durch den ganzen Haushalt gezogen. Angefangen hat die Aktion mit der Beschneidung der Mieterrechte. Zwei Beispiele an dieser Stelle: Zunächst wurde gegen den ausdrücklichen Widerstand von 42 mittelgroßen und großen Städten die Zweckentfremdungsverordnung abgeschafft. Sie haben damit den Städten die Möglichkeit genommen, zu verhindern, dass Wohnraum in der Innenstadt in Gewerbe- oder Büroräume umgewandelt wird. Dann haben Sie die Kündigungssperrfristverordnung aufgehoben und damit dafür gesorgt, dass sich der Kündigungsschutz von acht auf drei Jahre für einige hunderttausend Bürgerinnen und Bürger in diesem Land reduziert hat. Das war alles unter dem Stichwort „Privat vor Staat“ – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter in diesem Lande.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann kam die zweite Stufe, der Verkauf der LEG. Sie haben die Nebelkerzen geworfen, dass Sie eine Sozicharta entwickelt hätten, die den Mietern der